

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Redaktion 3141.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 51.

Breslau, Montag, den 2. März 1914.

25. Jahrgang.

In  
**der roten Woche**  
bringt jeder Genosse ein  
neues  
**Mitglied!**

## Zu spät?

Frau Hamm — zugrunde gerichtet?

Ein ergreifenderes Bild als bisher bekannt wurde entwirft die „Berliner Morgenpost“ von der Frau Hamm, die nach sechsjähriger unschuldiger Haft der Freiheit wiedergegeben wurde. Es heißt dort:

„Frau Hamm ist aus dem Zuchthaus entlassen. Sie ist wieder in Flandersbach bei ihren Angehörigen.“

Frau Hamm? Nein, ihr Schatten! Nicht die herbe Bauersfrau, die in der Wirklichkeit ihres Mannes wie der fruchtigste Knecht vom frühen Morgen bis zum späten Abend mitgeschafft hat, sondern eine ausgemergelte Jammergestalt, die nicht einmal aufrecht zu gehen vermag, wenn sie nicht von beiden Seiten gestützt wird. . . .

Diese Frau ist nicht nur körperlich gebrochen, sie ist vollständig zermürbt und zerrieben. Sie hat nicht mehr die Kraft zu einer Auflehnung, sie kann nicht mehr weinen und kann nicht mehr lachen. Sie scheint sich kaum der wiedergefundenen Freiheit zu freuen und bleibt teilnahmslos, als sie in die ihr so vertraute Umgebung von Flandersbach kommt. Auch die herzlichste Begrüßung der Bevölkerung von Flandersbach, die grüne Girlande über der Zufahrtstraße zum Gehöft ihres Bruders, mit dem „Herzlichen Willkommen“ in der Mitte, das alles macht keinen allzu starken Eindruck auf sie.

Das Haus ihres Bruders ist von einer großen Menschenmenge belagert, die sich erfreut über die Freilassung der Frau zeigt, ihr zuwinkt und zujubelt. Aber sie reagiert kaum darauf.

Nur einen Augenblick scheint sie wieder aufzuleben, als man ihr aus einer Schaar von Kindern einen sechsjährigen Jungen zuführt, den sie dann herzt und küßt. Es ist ihr zweites Kind. Er war ein Säugling von 14 Tagen, als sie verhaftet wurde. Nach sechs Jahren sah sie heute ihr Kind zum ersten Male wieder und erkannte es zuerst. Und der Junge sah schon auf die fremde Frau im schwarzen Trauerkleid, die ihn umarmte und küßte. Schwer nur sagte er den Satz: „Das ist Deine Mutter.“

Mit Recht warf vor einigen Tagen die „Breslauer Zeitung“ die Frage auf, was denn mit denen geschieht, die Frau Hamm dahin gebracht haben?

Die sie falsch demüchtigten, die sie unschuldig verurteilten, die sich ihrer Rechtfertigung so lange widerweherten?

Was ist denen geschehen, die unsere Offener Vergleiche auf Jahre hinaus unschuldig ins Gefängnis brachten? Auch von ihnen kamen einige körperlich und geistig ruiniert aus dem Zuchthaus zurück.

Sechs lange Jahre, Tag für Tag, hat diese Frau sich den Kopf zermartert, ob jemals ihre Unschuld an den Tag kommen würde, derweilen zerfiel ihr milder Körper und ihr Geist umdüsterte sich mehr und mehr. Während draußen die Justizmaschine kalt und ruhig ihren gewöhnlichen Gang lief, zerrütete drin im Zuchthaus Unrecht und Unglück eine unschuldige Mutter.

Wer führt das? Wo ist die Beamtenverantwortlichkeit, die solche Dinge unmöglich macht, oder sie wenigstens an ihren Verübem heim sucht? Ihr fragt umsonst!

Minister und Staatssekretär führten ja noch entrüstete Klage darüber, daß sozialdemokratische Abgeordnete eine Angelegenheit vor's Parlament zerrten, die nach ihrer Meinung in den „geordneten Gang der Justiz“ gehörten. Konserbative Abgeordnete verpflichteten ihnen empört bei. Ja, der „geordnete Gang der Justiz“, über den wir auch sonst unsere eigene Meinung haben — siehe den Fall Eulenburg und im Gegensatz dazu die Fälle unzähliger armer Schwärmer — dieser geordnete Gang der Justiz, er hat ja Frau Hamm dahin gebracht, wo wir sie heute sehen, er hat sie zu Grunde gerichtet!

Anhänger der Todesstrafe! Seht Euch dieses furchtbare Schicksal an. Wer würde das begangene Unrecht gut machen können, wenn das Haupt dieser Frau bereits unter dem Beile gefallen war? Und wo entstehen all den anderen Rächer, die unbekannt und ungenannt schwächelten, weil menschlicher Irrtum oder Haß oder Leichtsinn sie in Nacht und Grauen brachte?

Möge der Fall Hamm ein Menetekel sein für alle, die sorglos und bedenkenlos allem ausweichen, was von den Autoritäten befohlen und beschlossen wird — auch dann, wenn für die arme Frau in Flandersbach die Erkenntnis ihrer Unschuld zu spät kommen sollte.

## Die toten Opfer und 536 Prozent!

Das schreckliche Unglück in der Rummselburger Fabrik der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation regt wieder einmal zu ernstlichen Betrachtungen über das Risiko der Arbeit und des Kapitals an. Es war ein eigenartiger Zufall, daß fast um die gleiche Zeit, wo die verheerende Explosion sich ereignete, sich an der Berliner Börse eine auffallende Kaufse in den Aktien der Anilinfabrik vorbereitete. Die alsbald eintreffende Dividende verlor allerdings sofort der Börsenspekulation die Laune und setzte der Aufwärtsbewegung der Kurse ein Ziel. In Kapitalkreisen wird man sich einem rein menschlichen Mitleid mit den Opfern der Katastrophe offensichtlich wohl nicht verschließen können, man wird aber bald wieder aus Geschäft denken und die jäh Unterbrechung der Kaufse in „Trepptower Aktin“ aufs lebhafteste bedauern. Den Aktionären ist ein Kursgewinn von einigen Prozenten entgangen. Und die Arbeiter? Aus ihren Reihen hat der Tod zwölf Kameraden gerissen, dreißig Schwerverletzte und eine große Zahl Leichtverwundeter bededen außerdem das Schicksal der Arbeit. Es ist angesichts dieses Unglücks ein schwacher Trost, daß berartige große Katastrophen in der chemischen Industrie während der letzten Jahre noch verhältnismäßig selten vorkamen, obwohl doch in dieser Branche täglich und stündlich ungeheure Mengen explosiver Stoffe verbreitet werden. Viel verlustbringender als einzelne größere Explosionen ist jedoch die fast unübersehbare Reihe von Betriebsunfällen, von denen die breitere Öffentlichkeit gewöhnlich gar nichts erfährt. Und doch verunglücken hierbei im Laufe der Jahre Hunderte und Tausende von Arbeitern. Der Kapitalist riskiert einen meist sehr minimalen Teil seines Vermögens, der Arbeiter setzt täglich von seiner Existenz und seiner Gesundheit aufs Spiel. Wer zählt die diesen Schäden, die giftige Gase und Dämpfe den Atmungsorganen z. B. der Arbeiter der chemischen Industrie ständig zufügen? Hierüber verlaßt überhaupt nichts. Es ist nun einmal das Los des Proletariats, daß er seine Lebenskraft schneller verbraucht als der Reiche. Die Aktien der Trepptower Anilinfabrik gehören zu den sogenannten „schweren“ Börsenpapieren, ihr Kurs pendelt gegenwärtig zwischen 530 und 540 Prozent. In diesen Ziffern drückt sich ungefähr die Wertsteigerung der doch vor Jahr und Tag einmal zu Pari ausgegebenen Aktien aus. Die Dividende ist seit nahezu zwei Jahrzehnten niemals unter 15 Prozent heruntergegangen, sie bewegt sich jetzt auf der Höhe von 23 Prozent, mehrere Reservefonds in einer Gesamthöhe von circa 8 Millionen Mark bürgen dafür, daß auch bei einer vorübergehenden Verschlechterung der Geschäftslage oder bei politischen Verlusten die Aktionäre ruhig schlafen und gut essen können. Das Risiko der Kapitalisten ist hier wirklich auf ein Minimum herabgedrückt, zumal die Zugehörigkeit zum sogenannten „Anklingkonzern“ dem Unternehmen guten Absatz und hohe Preise auf lange Zeit hinaus sichert. Der Anilinkonzern ist im Jahre 1905 auf die Dauer von fünfzig Jahren begründet worden. Er ist vorläufig eines der wenigen trustartigen Gebilde in Deutschland. Kann der Arbeiter der Anilinfabrik auch so sorglos in die Zukunft blicken, wie der Aktionär? Keineswegs! Selbst wenn man annimmt, daß von der Betriebsleitung alles getan wird, was nach menschlichem Ermessen geeignet ist, Unfälle zu verhindern, so bleiben doch noch eine Menge schwerer Gefahren, deren Ursachen die Wissenschaft zum Teil noch nicht kennt. Außerdem ist auch gegen die gesundheitschädlichen Wirkungen der Arbeit in chemischen Fabriken noch kein Kraut gemachsen. Der Arbeiter riskiert in diesen Betrieben alles. Und die Anklingskonzern? Diese besteht bekanntlich gerade in den meisten chemischen Fabriken in einer ganz jammervollen Löhning. Diese Betriebe arbeiten fast durchweg mit ungelehrten Arbeitern, bei denen bekanntlich die Organisations- und Lohnverhältnisse meist noch sehr im argen liegen.

## Das Leuchtölmonopol.

Seit über Jahresfrist ziehen sich die Beratungen über den von der Regierung vorgelegten Leuchtöl-Gesetzentwurf hin. Bei der ersten Lesung im Plenum des Reichstages fanden die Vorschläge der Regierung nirgends Zustimmung. Wollten sie doch nichts anderes, als an Stelle des amerikanischen West-Trust Rockefeller's — der insbesondere den deutschen Markt fast völlig beherrscht und die Preise diktiert — die Petroleum-Unternehmungen der Deutschen Bank setzen, wobei der deutsche Leuchtölverbraucher genau

so gerupft worden wäre, als vom amerikanischen Trust. In der Kommission wurden die Vorschläge der Regierung allseitig abgelehnt, und nun entstand die Frage, soll überhaupt nichts geschehen, also alles so bleiben, wie es ist, oder soll der schlechte Entwurf der Regierung durch einen besseren ersetzt werden.

Die großen Fraktionen des Reichstages stellen abwechselnd die Vorsitzenden der Kommissionen. Beim Leuchtölgesetz war die Reihe an der sozialdemokratischen Fraktion; deren Kommissionsmitgliedern bestimmten den Genossen Wurm, der die Fraktion als erster Redner im Plenum vertreten sollte, zum Vorsitzenden der Kommission. Nun liegt es nach altem Brauch dem Vorsitzenden der Kommission ob, so wie dem Präsidenten des Reichstages für die Plenarsitzungen, die notwendigen Besprechungen mit der Regierung über den Gang der Verhandlungen in der Kommission zu führen. Bei der Leuchtölkommission waren solche Besprechungen um so notwendiger, als nach Ablehnung der Regierungsvorlage neue Unterlagen für die weiteren Verhandlungen erst geschaffen werden mußten, und zwar durch Anträge aus der Mitte der Kommission, da die Regierung in den Kommissionsverhandlungen Anträge nicht stellen darf. Die Beratungen hatten ergeben, daß in der Kommission zwei Richtungen sich gegenüberstanden:

Die eine war vertreten durch das Zentrum, das weder von irgend einer Art Monopol unter staatlicher Aufsicht, noch von einem Staatsmonopol etwas wissen wollte — ihm schlossen sich zum Teil die Konserverativen an —; die andere Richtung bestand aus Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Fortschrittlichen, welche es für erforderlich hielten, Mittel und Wege zu suchen, um zu verhindern, daß der amerikanische Trust Rockefeller's die Herrschaft über den deutschen Petroleummarkt behält und noch verstärkt. Die von den Freunden einer Weiterarbeit geplanten Änderungen des Gesetzentwurfs führten — wie unbedingt erforderlich — zu Besprechungen der Regierung in den dabei beteiligten Parteien. Nun aber, wo ein sozialdemokratischer Vorsitzender der Kommission pflichtgemäß mit Regierungsvertretern Rücksprache über neue Grundlagen zur Weiterberatung des Entwurfs nehmen mußte, geriet die Zentrumspresse in heftigen, patriotischen Zorn. Das Zentrum ist eben nicht sehr erbauet davon, daß es diesmal nicht selber die führende Rolle hat, und seinem Herzenswunsche gemäß das Zustandekommen eines Monopolgesetzes von vornherein vereiteln kann. Unsere Genossen dagegen haben, wie auch Genosse Wurm bereits in seiner Rede bei der ersten Lesung des Entwurfs im Plenum erklärt hat, das lebhafteste Interesse daran, das bestehende Privatmonopol des amerikanischen Trust zu stürzen und an dessen Stelle eine Organisation der Leuchtölversorgung zu schaffen, die den deutschen Konsumenten davor schützt, daß der amerikanische Trust die unumwandelte Herrschaft erlangt, und das Leuchtöl so hoch wie nur möglich im Preise steigert. Daß die Sozialdemokraten sich dazu hergeben könnten, ein Monopol zu schaffen, das das Leuchtöl in Deutschland verteuert — dieser Vorwurf, den die Zentrumspresse erhebt, ist so lächerlich, daß er einer Widerlegung gar nicht wert ist.

Die Abwehr der Vertierung des Leuchtöls — das ist die Aufgabe, die unseren Genossen in der Leuchtölkommission gestellt ist. Daher ist die Befürchtung der Zentrumspresse geradezu blödsinnig; die Sozialdemokratie hat nur verlangt, daß der Preis des Leuchtöls gesetzlich auf zwei Jahre festgelegt werde, gleichzeitig aber der Regierung die Vollmacht gegeben, das Gesetz erst nach Ablauf dieser zwei Jahre in Kraft treten zu lassen, „so daß die Festsetzung des Höchstpreises nur noch eine vorübergehende Dekoration zur Beschäftigung der Verbraucher bilden würde.“

Nun — die Sozialdemokratie wird für kein irgendwie gestaltetes Monopol stimmen, das den Preis des Leuchtöls höher festlegt, als er nach Lage des Weltmarktes sein darf. Dieser Schutz der Konsumenten ist es, den die Sozialdemokraten erstreben, und wenn ihnen die Regierung dabei behilflich ist — nun, wir handeln stets nach dem Grundsatz, daß wir das Gute nehmen, wo wir es finden, auch im Bundesratszimmer.

## Politische Uebersicht.

Polizeidemonstration gegen Jagow.

Als vor einigen Jahren die Berliner Arbeiter zu Hunderttausenden im Tiergarten für ein freies Wahlrecht demonstrierten, während der Berliner Polizeipräsident weil draußen den menschenleeren Trepptower Park von seinen Mannschaften bewachen ließ, da glaubte man, daß dem System Jagow keine schwerere Niederlage beigebracht werden könnte als durch diese Demonstration. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend vergangener Woche hat aber Berlin eine andere Demonstration erlebt, die dem Berliner Polizeigewaltigen möglicherweise noch schwerer auf die Nerven fiel. Denn diesmal waren es die Schulleute selbst, die gegen das System Jagow demonstrierten.



Der frühere Obmann des von Jagow unterdrückten Schuttmannverbandes, Fuhrmann, trat, wie gemeldet, in der Freitagnacht vom Berliner Schlesienschen Bahnhof aus seine Reise in die Verbannung an: nach Badze, wohin er strafweise verlegt worden ist. Schon zuvor hatten es sich die Berliner Schutzleute nicht nehmen lassen, anderen strafversetzten Kollegen das Geleit zum Bahnhof zu geben, und das unliebsame Aufsehen, das diese Schuttmann-demonstrationen verursachen, veranlassen den Polizeipräsidenten, weitere Kundgebungen auf das strengste zu verbieten. Aber Polizeiverbote fruchten nicht mehr — nicht einmal mehr bei der Polizei. Als Fuhrmann eine halbe Stunde vor Abgang seines Zuges auf dem Bahnhof eintraf, wurde er von nahezu tausend Schutzleuten in Zivil mit stürmischen Hochrufen empfangen. Der Andrang, so wird gemeldet, war so stark, daß das Bahnpersonal und die beiden uniformierten Schutzleute auf dem Bahnsteig die größte Mühe hatten, die Ordnung auch nur einigermaßen aufrecht zu erhalten. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß sich die Schutzleute in Uniform gegen ihre Kollegen in Zivil so höflich und taktvoll benahmen, wie es von ihnen auch bei anderen Demonstrationen gewünscht werden muß.

Auf dem Bahnsteig wurden dem Gemahregelten Blumen überreicht. Neben wurden gehalten, in denen auf die Tätigkeit Fuhrmanns als Organisator des Verbandes hingewiesen, und der Wunsch ausgesprochen wurde, daß er bald einen Nachfolger erhalte, der seine Ziele mit der gleichen Energie verfolgen werde wie er. Das Lied vom guten Kameraden wurde gesungen, und unter brausenden Hochrufen der Menge verließ der Zug die Gasse.

Wenn Arbeiter demonstrieren, fehlt es nie an Polizeiserichten, in denen das Verhalten der demonstrierenden Menge so kraß wie möglich geschildert wird. Dadurch versucht man Stimmung zu machen für das landesübliche „polizeiliche Einschreiten“. Diesmal ist jedoch der Polizeisericht höchst heimlich. Der Berliner Lokalzeitung, den der Polizeipräsident zu seinen offiziellen Verlautbarungen zu konsultieren pflegt, beschränkt sich auf die folgenden kurzen Zeilen:

Bei dem Abchied des Schuttmann Fuhrmann, der nach Badze verlegt worden ist, kam es auf dem Schlesienschen Bahnhof zu Kundgebungen für den abreisenden Beamten. Die Kundgebungen wurden jedoch, wie mitgeteilt wird, von zwei pensionierten Schutzleuten gehalten, die nicht der Jurisdiktion des Polizeipräsidenten v. Jagow unterstehen; auch sieht man nicht fest, ob unter den auf dem Schlesienschen Bahnhof versammelten Personen sich aktive Schutzleute befanden haben. Ein behördliches Einschreiten wegen der sogenannten Demonstration ist kaum zu erwarten.

Ein behördliches Einschreiten würde in diesem Fall auch seine Schwierigkeiten haben. Soll man die Polizei von der Polizei verhaften lassen? Oder soll man — da sich doch offensichtlich unter den Schutzleuten selbst kein Judas finden wird — etwa die Polizeigebäude vom Schutze eines Kelling loslassen, um „die Unruhstifter zu ermitteln“? Ein solches Vorgehen könnte Folgen haben, von denen selbst Herr v. Jagow zurückzuckt. Denn wenn die Instrumente der Unterdrückung selber den Dienst versagen, bleibt alles Höhere ohnmächtig.

Unter solchen Umständen findet es auch der Herr des Alexanderplatzes angemessen, den Degen einzuziehen und sich auf die Sorge zu beschränken, daß der Fall kein Aufsehen mache. Eine „sogenannte Demonstration“ — der sonst so gestrenge Oberbefehlshaber der blauen Armee sieht mit häßlichem Wohlwollen über sie hinweg. Und dabei möchte es ihm doch das Herz abdrücken, und dabei knirscht er vielleicht in sich hinein: „Wenn ich nur könnte.“

Der Fall ist lehrreich. Er zeigt, daß auch der schneidigste Degen zum wohlwollenden Vorgesetzten wird, wenn er weiß, daß es anders nicht mehr geht. Friedrich Wilhelm IV. sprach in den Herabsetzenden Tönen von seinen Untertanen, als sie aber Revolution machten, sagte er: Meine lieben Berliner! Herr v. Jagow hat gegen seine Schutzleute das größte Geschick aufgeföhren, er hat ihren harmlosen Verband verboten, die Vertrauens-

männer gemahregelt — wenn ihm aber die Masse seiner Untergebenen die Zähne zeigt, dann sagt er: Meine lieben Schutzleute!

Ja, auch dieser Kanakiler der schärfsten Mittel begreift jetzt plötzlich die Wahrheit des alten Satzes, daß allzu-scharf schädlich macht. Diesmal hat man auf dem Schlesienschen Bahnhof nur gegen den Polizeipräsidenten demonstriert und den König leben lassen, wie es ja überhaupt nichts Loyaleres und Nationaleres geben kann, als die von Herrn v. Jagow unterdrückte Schuttmannorganisation. Ginge man jetzt locker mit Maßregelungen vor, veranlaßte man noch mehr erzwungene Abreisen von Berlin — wer weiß, wer dann alles an den Bahnhöfen demonstrieren und was man dann dort hochleben lassen würde? Herr v. Jagow wäre ja noch allein, was man von ihm weiß, der Mann, selbst die ausgedienten Unteroffiziere der Berliner Schuttmannschaft zur Solidarität mit dem Proletariat zu erziehen, von der sie jetzt noch weit entfernt sind.

Soweit möchte er es lieber doch nicht bringen. Aber weit genug hat er es schon gebracht. Eine Polizeidemonstration gegen den Polizeipräsidenten in der wohlbehüteten Hauptstadt des Polizeistaats Preußen! Ja, steht denn die Welt noch!?

### Der Duellmord von Metz.

In der Nähe von Metz hat bekanntlich jüngst der Leutnant v. Lavalette-St. George den Leutnant Haage im Duell erschossen. Ursache des Duells waren nach einer offiziellen Darstellung „die Beziehungen, die während der Karnevalstage zwischen dem Leutnant von La Valette-St. George und Frau Haage aufgenommen waren, und die zu so schwerer Ehrenkränkung des Leutnants Haage führten, daß sie selbst unter der Rücksichtnahme auf die beim Karneval herrschende Stimmung nicht in einem milderen Lichte erscheinen könnten“.

Der beleidigte Ehemann hat also als Opfer des Duellzwanges sein Leben lassen müssen; der Beleidiger, der seinen Kameraden erschossen hat, wird aber nach ein paar Monaten fidele Festungshaft wieder der Held des Offizierskasinos sein. Die „Germania“ kündigt an, daß der Vorkall im Reichstag durch eine Interpellation oder beim Militäretat zur Sprache gebracht werden wird. Sie schreibt:

Schon aus dieser kurzen Darstellung ergibt sich, daß der Leutnant von La Valette-St. George der eigentlich Schuldige ist, der die Familienehre des Leutnants Haage in schwerster Weise gekränkt hat. Mühte nicht gegen diesen Schänder der Ehre seines Kameraden sofort in einschneidendster Weise und mit der ihm militärischen Disziplinstrafe vorgegangen werden? Das ist nicht gechehen. Die Sache wurde nach dem bisher üblichen Schema dem Ehrenrecht unterbreitet, das Ehrenrecht unterwar aber nicht etwa die Schuldfrage seiner Entschuldigend, sondern ordnete ein Duell an. Und der Leutnant von La Valette-St. George, der als der Schuldige betrachtet werden muß, erschoß seinen unschuldigen Kameraden Haage. Wenn Ehre ist nun repariert dadurch, daß ein unschuldiges Mähdendes Mordmord geübt, die Frau ihres Gatten, ein unschuldiges Kind seines Vaters beraubt wurde?

Was hat aber das christliche Zentrum gegen die Barbarei des Duellzwanges bisher ernstlich unternommen? Am 19. April 1913 ist die Duellkommission des Reichstages eingesetzt worden, aber ihre Aktion ist noch zu keinem abschließenden Ergebnis gelangt und zwischendurch wurde die Meisen-Militärvorlage vom Zentrum bewilligt. Es ist also wieder nichts anderes zu erwarten als große Worte ohne Taten.

### Heber unter Schulweisen.

Die letzten Veröffentlichungen des reichsstatistischen Amtes über das Schulwesen beziehen sich auf das Jahr 1911. In diesem Jahre wurden in den deutschen öffentlichen und privaten Schulen 11 463 358 Schüler unterrichtet, von denen 10 749 512 = 93,8 Prozent die Volksschule und 713 846 = 6,2 Prozent höhere Schulen besuchten. Unter den Volksschülern befanden sich 5 360 471 Knaben und 5 389 041 Mädchen. Die Volksschulen teilen sich in einfache und gehobene, an manchen Orten auch Mittelschulen genannt, das sind Schulen, in denen wenigstens eine fremde Sprache gelehrt wird. Von sämtlichen 10 749 512 Volksschülern ent-

fielen 354 054 auf solche gehobene oder Mittelschulen. Endlich ist noch zu erwähnen, daß 11 256 806 Schüler öffentliche Schulen und 206 552 Privatschulen besuchten.

Was die Kosten der Schulen anbelangt, so liegen hier nur für die öffentlichen Schulen umfassende Ziffern vor. Diese betragen im Berichtsjahre 877,5 Millionen Mark. Davon entfielen 700,5 Millionen Mark = 80 Prozent auf die Volks- und 177 Millionen Mark = 20 Prozent auf die höheren Schulen. Zu den Kosten der einfachen Volksschule, die 670 Millionen Mark betragen, trägt der Staat 214 Millionen Mark = 32 Prozent bei; das übrige bringen die Gemeinden auf. Die Kosten der höheren Schulen endlich in Höhe von 177 Millionen Mark teilen sich in 51 Millionen = 29 Prozent Staats-, die gleiche Summe Gemeindebeiträge, 68,25 Millionen = 38,5 Prozent Schulgelber und 7 Millionen = 5 Prozent sonstige Gelder. Auf den einzelnen Schüler kommen Kosten in der Volksschule 65 Mark, in der Mittelschule 112 Mark und in den höheren Schulen 288 Mark. Der Beitrag, den Staat und Gemeinde pro Schüler leisten, stellt sich in den Volksschulen auf 65 Mark, in den Mittelschulen auf 64,5 Mark und in den höheren Schulen auf 166 Mark. Obwohl also die Schüler der gewöhnlichen Volksschulen kein Schulgeld zu zahlen haben, während auf die Schüler der höheren Schulen im Durchschnitt ein solches von 112 Mark entfällt, ist doch der Beitrag, den Staat und Gemeinde zu den Schulkosten leisten, in den höheren Schulen ein zweifelhafte so großer pro Schüler, als in den Volksschulen.

### Die Beratung des Petroleumgesetzes.

Die Budgetkommission des Reichstages führte in der Sitzung am Freitag die Beratung über die Beratungsvorlage weiter. Abg. Müller-Fulda (Zentr.) vertrat die Meinung, der Verbrauch von Leuchtöl werde infolge der Entwicklung der Elektrizität und durch die Verwertung der Hochspannung stark zurückgehen. Sachverständige behaupten, in zehn Jahren werde in Deutschland nur halb so viel Leuchtöl gebraucht werden, wie heute. — Abg. Götthein (Fortschr. Vpt.) betreibt, daß der Verbrauch in einem solchen Maße zurückgehen wird. Durch das Einbringen der Monopolvorlage sei der Preis für das Petroleum gestiegen, wir hätten gegenwärtig den billigsten Preis von allen Ländern. Scheiterte das Gesetz, dann würden wir infolge der Verknüpfung des Weltmarktes zu steigenden Preisen kommen. — Abg. v. Schulze-Gavernitz (Vpt.) trägt an, wie es mit der Verlegung des Bezugs von Petroleum auf der Donau stehe. Der bayerische Staatsrat Kohl erwidert, die Donauverträge für den Verkehr mit Ost-Europa von großer Bedeutung. Aus Rumänien könne Petroleum die Donau heraufgebracht werden, man rechne mit 150 000—200 000 Tonnen jährlich. Die Wasser-Verhältnisse seien nicht ungünstig und die Hafenanlagen, besonders die von Regensburg aussehend. Abg. Erzberger (Zentr.) hält den durch die Kommissionsbeschlüsse vorgeschlagenen Weg, um ein Privatmonopol auszuschalten, für den denkbar ungünstigsten. Richtiger sei es, die Einfuhr von Leuchtöl, Treiböl, Schmieröl usw. zu kontingentieren. Er fürchtet, daß durch die Regierungsvorlage das Petroleum teurer wird. Atrich (Soz.) erinnert an die früheren Erklärungen seiner Parteifreunde, sie würden der Vorlage nur dann zustimmen, wenn die Gewähr gegeben ist, daß keine Verteuerung des Petroleum eintritt. Er richtet an die Regierung die Frage, welche Preise für das Leuchtöl sie in das Gesetz einstellen wolle. Reaktionen sprach Dr. Kestner erklärt, daß mit einem Preise von 17½ Bsp. pro Liter als Tarifanlage oder 19 Bsp. pro Liter frei Haus des Detaillisten für die nächsten zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes zu rechnen sei. Abg. von Fleming (Kons.) erklärt, für ihn und seine Freunde hänge alles davon ab, welche Preise für das Leuchtöl festgelegt werden und zwar müssten für alle Detaillisten im ganzen Reich die selben Preise festgesetzt werden. Er wendet sich weiter gegen die von Erzberger erwähnte Behauptung, in dem sozialdemokratischen Flugblatt, die er als unwahr bezeichnet.

### Ergänzung des Reichsbefoldungsgesetzes.

Dem Reichstag ist am Sonnabend eine Novelle zum Befoldungsgesetz zugegangen, nach welcher die Befoldungen in Klasse 1 (Bahnwärter, Bahnhofswärter und Werkstättenwärter), Klasse 2 (Unterbeamten und Landbesitzer), 3a (Schaffner bei der Eisenbahnverwaltung), 3b (Rangierführer, Bahnteilgasschaffner), 4a (Wagenwächter, Kalernenwächter, Kanzleidiener bei militärischen Instituten), 4b (Kassensührer, Weichensteller, Eisenbahn-Geschäftsmen bei den Reichseisenbahnen), 6a (Bodenmeister, Platzbeamten Reichsamt des Innern) um je 100 Mark aufgebessert werden. Klasse 17b (Bibliothekssekretärinnen) 1650—3000 Mark, 21 (technische Sekretäre, Werkstättenführer beim Luftschiffbauamt Nr. 1, Wasserbauinspektoren bei der Marineverwaltung, Bibliothekssekretären bei der Marine, Werkstätten, Militärgerichtsschreiber, Gehilfen, Bureaubeamte 2. Klasse bei den

## Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

107

Aber die Arbeit schien nicht fertig werden zu wollen. — Ein solches Gefühl sei ihm noch nicht vorgekommen, sagte Julius; ebenso gut könne man Frühlingsschwärze modellieren, die jeden Augenblick ihre Gestalt wechseln. Und wieder, als das Relief fertig war — Du glaubst nicht, wie entsetzlich lächerlich ich aussehe, Elfe, wie eine Chinestimme! — hatte sich Julius die Ausführung der „Hilfsbereitschaft“ gemacht, und — da kann ich doch den armen Menschen, der sich so abquält, nicht im Stich lassen; denn, weißt Du, Elfe, jetzt handelt es sich nicht mehr bloß um den Kopf, — den hat er, — sondern um die ganze Figur: die Haltung, Geste — um neue Motive, mit einem Worte, weißt Du — aber ich glaube, Du armes Kind einer nicht weiß, was er machen soll, und nun plötzlich etwas liegt, was im Grunde garnichts zu sehen ist, sagen wir eine Aste oder eine Waschtüte.

Es war die längste, aber auch die letzte Erklärung, die Mieling für ihre Freundin aus der Fülle ihrer neuen Weisheit schöppte. In den nächsten Tagen hatte Elfe mehr als gewöhnlich in der Wirtschaft zu tun, und eine andere Angelegenheit nahm ihr Interesse gebieterisch in Anspruch. Es fand bei dem Vater, nachdem man beinahe zwei Monate lang hinüber und herüber verhandelt war, die Schutzkonferenz über die zukünftige Verwaltung des Baronischen Vermögens statt, in welcher mit den drei Schwestern der Herren von Wallbach, in welcher mit Elfe und Gertrude, des Markgrafen der Baronesse, gegen die eine Stimme des Generals, der seine differenzierende Ansicht mit den Vätern zu Protokoll gab, der möglichst sofortige Verkauf des ganzen Komplexes beschloffen und Graf Axel von Solm einvernehmlich noch Annahme der von dem Familienrat ebenfalls vereinbarten Verkaufsbedingungen als Käufer akzeptiert wurde. — Der Vater kam bleich und erschöpft, wie Elfe ihn nie gesehen, aus der mehrtägigen Konferenz.

Sie haben es fertig gebracht, Elfe, sagte er; — die Baronischen Güter, die nun zweihundert Jahre im Besitz der Familie gewesen sind, werden ausgegliedert und veräußert werden. — Deine Tante Valerie mag es beantworten, wenn sie kann. Denn sie, und allein trägt die Schuld, daß hier

ein alt-ehrwürdiges Geschlecht klaglich zu Grunde geht. Wäre sie meinem Freunde ein gutes und getreues Weib gewesen — doch was hilft es, über vergangene Dinge zu jammern! Es ist nicht selbst in meinen Augen, geschweigen denn in den Augen jener, denen die Gegenwart alles ist. Und ich muß es einräumen: die Herren haben ganz in Sinne unserer Zeit gehandelt: klug, rational, in Eurem Interesse. Ihr alle werdet, wenn der Verkauf so glänzend ausfällt, wie der Geheimrat triumphiert, mindestens um das Doppelte reicher. Es ist sehr unvorteilhaft, Elfe, aber ich hoffe: er triumphiert zu früh. Der Graf, den er als Käufer nennt, kann den unsinnigen Preis — denn der wirkliche Gesamtwert der Güter ist kaum eine halbe, geschweige denn eine ganze Million — nur zahlen, wenn er sicher ist, daß man ihm die ungeheure Last sofort wieder von den Schultern nimmt, das heißt, wenn das skandalöse Projekt, Generalabsatz und des Kapitans Schmidt's so schlagend nachgewiesen habe, zustande kommt. Keine es dennoch zustande, erbitte man die Konzeption, so wäre das ein Affront gegen das höchste Autorität, welches ich beanspruchen darf, aber auch so beantrage, daß ich es ansehen würde, als hätte man mich in dem diesmaligen Abenteuern übergegangen: ich würde sofort meinen Abschied nehmen. Die Entschcheidung steht vor der Tür. Für Solm ist es eine Lebensfrage; er ist entweder heillos ruiniert, oder ein Arzthaus; und ich eine Erzgebirge, oder ein armer Pensionär — ganz im Sinne der Zeit, die überall da hanquiert. Nun, wie Gott will! Ich kann nur gewinnen, nicht verlieren, denn das Schicksal, Beste: mein reines Gewissen, des Verworfenes, treu zu der alten Fährte gefanden, gehandelt zu haben, wie ein Verden handeln muß, kann mir nichts und niemand rauben.“

So sprach der Vater zu Elfen in einer Aufregung, die, aus dem schwingenden Ton selbst seiner tiefen Stimme hervorzutreten immerhin Vertrauen zog, sie zum Zeugen eines Kampfes machte, den er sonst in seiner verwegenen, stolzen Seele still durchschlagen haben würde. Was es Verfall? war es Verfall? kamte der Vater ihr Geheimnis? wollte er ihr sagen: auch an dich wird vielleicht bald eine solche Entschcheidung heranrücken; ich wünsche, ich hoffe, daß auch Du zu der Fährte stehen wirst; die mir heillos ist, das auch Du ein Verden sein wirst?

Das war am Vormittag gewesen; zum Mittag hatte Mieling, ausnahmsweise, nachdem sie vorher wieder eine Sitzung gehabt, eine Einladung bei einer Freundin ihrer Mutter angenommen. Sie wollte vor Abend nicht zurückkommen. Elfe vermehrte zum ersten Male die Freundin nicht; es war ihr lieb, daß sie allein bleiben und still ihren Gedanken nachhängen durfte. Sie waren nicht heiter, diese Gedanken; aber sie fühlte die Pflicht, sie zu Ende zu denken, in sich klar zu werden, wenn es ihr möglich war. Sie glaubte, daß es ihr möglich gewesen, und empfand darüber eine stille Genugtuung, die freilich, wie sie sich sagte, der ganze Erfolg sein würde für alles, worauf sie insgeheim verzichtet.

Und in dieser resignierten Stimmung nahm sie denn auch mit leiblicher Fassung eine Nachricht entgegen, welche ihr Mieling beim Nachhausekommen mitbrachte und die sie sonst mit Trauer erfüllt haben würde: Mieling wollte fort, mußte fort. Sie hatte bei der Dame, von der sie kam, einen Brief der Mieling vorgelesen, in welcher die Mama über ihre lange Abwesenheit so schmerzliche Klage führte, daß sie garnicht anders könne, als auf der Stelle, das heißt: morgen früh abzureisen. Wie ihr dabei zu Mute sei, wolle und könne sie nicht sagen.

Ein wunderlicher Gemütszustand war es jedenfalls; denn während sie jetzt in Tränen zerfließen zu wollen schien, geriet sie im nächsten Augenblick in ein Lachen, das sie vergessens zu unterdrücken suchte, bis der Nachkampf wieder in einen Wehkrampf überging. So trieb sie es den Rest des Abends. Am nächsten Morgen hatte diese Stimmung eine solche Höhe erreicht, daß Elfe endlich für das wunderliche Mädchen fürchtete und sie beruhigt haben würde. Aber Mieling blieb fest; sie sei etwan entschlossen, und Elfe würde ihr Recht geben, wenn sie alles wüßte, und sie sollte alles wissen; — aber freilich — mündlich könne sie das nicht, ohne sich tot zu lachen, und sie dürfe gerade jetzt nicht sterben aus Gründen, die sie auch wieder nicht angeben könne, ohne sich tot zu lachen.

So trieb sie die Pflöcke, bis sie in den Wagen stieg, in welchem sie August zur Bahn bringen sollte. Sie hatte sich jede andere Begleitung auf das Entschiedenste verboten, — aus Gründen, Elfe, weißt Du, die — na! Du wirst eben alles lesen in dem Briefe, weißt Du, der — adieu, geliebte, süße, einmalige Elfe!

Damit fuhr Mieling davon

(Fortsetzung folgt.)



Reichspost- und Telegraphenverwaltung, Lagerverwalter bei der Postverwaltung, Verkehrsassistenten, Ober-Telegraphenassistenten, Postverwalter, Betriebsleiter bei der Eisenbahnverwaltung) künftig 1800—2600 Mark, Klasse 23 (Verwalter bei der ständigen Anstellung für Arbeiterwohlfahrt, Kaufsekretär, Kaufassistenten bei der Seeresverwaltung und Bauregistratoren bei der Seeres- und Marineverwaltung) künftig 1800—3800 Mark. Die Oberbeschäftigten sollen künftig erhalten 2100—2298, 2302, 2700, 2850 und schließlich 3000, daneben Wohnungsgeldzuschuß nach Tarifklasse 4.

### Bahnbauten in Südwestafrika.

Die Kolonialverwaltung hat dem Reichstag einen Nachtrag- und einen Ergänzungsetat zugehen lassen. In der Hauptsache handelt es sich um Eisenbahnbauten. In Südwestafrika soll mit einem Aufwand von 13 Millionen Mark eine Eisenbahn nach dem Amboiland gebaut werden. Dieser Bau wird wie folgt begründet:

Die Dringlichkeit des Bahnbaues liegt größtenteils in der Arbeiterfrage. Abgesehen von dem kleinen Gebiete des Amboilandes beträgt die farbige Bevölkerung des Schutzgebietes auf einer Fläche von dem 1/2fachen Umfange des Deutschen Reiches kaum 100 000 Köpfe. Aus dieser kleinen Zahl stammen die Arbeitskräfte, auf die der Weisse bei der Bewirtschaftung des Landes angewiesen ist. Daß ein so geringer Arbeiterbestand auf die rasch steigende wirtschaftliche Entwicklung hemmend wirkt, liegt auf der Hand. Man hat daher, namentlich für Bahnbauten und für die Diamantfelder, Eingeborene aus anderen Kolonien, besonders aus Britisch-Südafrika, herangezogen, doch verkauften die für die Örtlichkeit und Herreise der Leute entstehenden Kosten bei dem meist nur kurzfristigen Arbeitsverträgen, die Löhne so bedeutend (die jetzt im Diamantgebiete beschäftigten Kapjungen erhalten dreimal so viel Lohn wie die Swambo) und die Gewähr für regelmäßigen Arbeiterzugang ist so gering, daß die wirtschaftliche Entwicklung ernstlich darunter leidet. Ein weiterer Nachteil ist, daß die Löhne größtenteils ins Ausland wandern, statt im Schutzgebiete zu verbleiben.

Zur ausgeprochenen Zweck ist also der billige Arbeiterkräfte zu beschaffen, weil die Arbeiter aus den britischen Gebieten zu teuer sind und wohl auch anständiger behandelt werden müssen. Das beste Kapital, das in Südwestafrika vorhanden war, waren die arbeitsfähigen Menschen, die man in dem alvorkommen Feldzug gegen die Herero bis auf einen verhältnismäßig kleinen Rest außer Acht gelassen hat. Und nun fehlt es daran an Arbeitskräften, daß extra eine Bahn gebaut werden muß, um sie heranzuholen.

**Verlangen nach verstärkter Dänische?** Die Mitglieder des preussischen Herrenhauses Graf zu Runkau und Dr. Neubert ersuchen in einer Anfrage die preussische Regierung um Auskunft, was ihrerseits geschehen ist, um die dänische Regierung zu Maßnahmen zu veranlassen, welche eine Einschränkung der ihre Söhne gegen das Deutschtum in Norddänemark sich richtenden Agitation, insbesondere der sogenannten südjütischen Bewegung in Dänemark und der fälschlichen Teilnahme offizieller Persönlichkeiten, von Offizieren und Beamten an der Agitation herbeizuführen geeignet sind.

**Landtagswahl in Baden.** Im Wahlkreis Offenburg-Stadt liegt bei den allgemeinen Wahlen der Zentrumsmann Hauser über den Fortschrittler Müler. Die Wahl wurde vom Landtag für ungültig erklärt, und bei der am Sonnabend stattgefundenen Ersatzwahl siegte Müler mit 1428 Stimmen gegen Hauser, auf den 1341 Stimmen entfielen. Die Sozialdemokraten hatten auf die Auffstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet und sind gleich im ersten Wahlgang für den Fortschrittler eingetreten.

## Ausland.

### Ein Beitrag zur Beurteilung der Zustände in Mexiko.

In einem im "Tempo" veröffentlichten Briefe beleuchtet G. de Lartigue die mexikanischen Vorgänge vom Standpunkt der Massenfrage. Er erklärt kurzweg: Mexiko ist keine lateinische Republik. Es ist eine indiantische Monarchie! Von rund 15 Millionen Einwohnern gehören nur 3 Millionen der weißen Rasse an, 6 sind indianische Mischlinge und 6 Millionen reine Indianer. Dabei ist auch unter den „reinen Weißen“ meist irgend welche Beimischung indianischer Blutes vorhanden. So erklärt es sich, daß im Volke die Verbindung mit dem spanischen Volkstum und der spanischen Eroberung kaum mehr in der Erinnerung lebt. Um so eifriger hält man die Verbindung mit dem alten Aztekenreiche, dem die Abenteuerfahrt des Cortez vor 400 Jahren den Todesstoß versetzt hat, aufrecht. So steht auf der Brachstraße von der Stadt Mexiko nach dem Präsidentenschloß in Chapultepec ein gewaltiges Denkmal in Bronze, das dem letzten aztekischen Monarchen Cuauhtemoc („Montezuma“), den Cortez martir und töten ließ, gewidmet ist. Es trägt die Inschrift: „Dem Studenten Cuauhtemoc und seiner Krone, die heldenmütig für die Verteidigung des Vaterlandes kämpften.“ Das Kaiserstandbild Königs Karl V., das vor der Unabhängigkeitserklärung errichtet worden ist, wurde lange vor den Augen des Volkes verborgen. Es wird sorgfältig erhalten, jedoch nur seines Kunstwertes wegen.

So sind auch eine Reihe der bedeutendsten Staatsmänner des Landes ganz oder halb indianischer Herkunft. So war Benito Juarez, der den von Frankreich und Spanien importierten Kaiser Maximilian besiegte und erschießen ließ, Indianer vom Stamme Popoteca. Porfirio Diaz, der „Friedensmacher“, der von 1877 bis 1911 Mexiko mit eiserner Gewalt niederhielt, ist Mischling, ebenso der jetzige Diktator Guertica und der größte Teil seiner Umgebung. Noch heute gibt die Verwandtschaft mit dem alten Herrscherhause der Azteken Anspruch auf eine Staatspension. — Die reinen eingewanderten Spanier werden von den zu Mexikanern gewordenen durch den etwas verächtlichen Zusatz „Nachkommen“ (Jugozogene) unterschieden. In allen Provinzen, von Sonora im Norden, bis noch jetzt die Zustände der Abkömmlinge der Indianerherrscher der Azteken und der Comanches bildet, bis zur Halbinsel Yucatan, die ihre Kultur dem Mischlingsvolke der Mayas, der fortschrittlichsten indianischen Rasse, verdankt, überall trifft man unverfälscht und vorherrschend den indianischen Einschlag.

Und wie steht es mit dem republikanischen Charakter des Landes? 8 Millionen von 15 Bürgern nicht lesen und schreiben. Die ungeheure Mehrheit hat keine Ahnung von dem die nach dem Buchstaben der Verfassung zustehenden Rechte zur Teilnahme an der Leitung der Staatsgeschäfte. Ganze Städte mit einer engeren und verkommenen Bevölkerung leben beherrscht von der Furcht vor dem Richter und dem Gang zum Kaufgetränk Pulque, wie auch Kinder dem unterworfen, der sie wie Sklaven niederhält. So ist dieses zusammenhanglose, ungebildete Volk von vorübergehenden Heulen einer kleinen Schicht abhänger. Aus einem beschränkten Kreise der oberen Klasse rekrutiert sich die leitende Schicht: Beamte, Advokaten, Geistliche, Generale, Politiker. Von Zeit zu Zeit steigt aus dem dunklen Grunde des Volkes ein Mann von Talent, oder ein Talentmensch auf, der sich zum Herrn macht, wie der Priester Hidalgo, der zuerst den Ruf der Unabhängigkeit ausstieß, Juarez und Diaz. Nicht es an einem Herrn, so haben die entseelten Begleitenden freien Lauf. Jeder für sich! Parteien entstehen, Bünde bilden sich, und der Name „Revolution“ dient als Verkleidung für persönliche Interessen.

Zur Ergänzung dieser raffinierten Kennzeichnung sei bemerkt, daß die herrschende Schicht von mächtigen Grundbesitzern gebildet wird. Gerade in Yucatan lebt

die Masse der eingeborenen Bevölkerung im Zustande vollkommener Verelendung. Dazu kommt in neuester Zeit die mächsende Macht des ausländischen, nordamerikanischen und englischen Großkapitals.

**Humänische Deserteure.** Täglich flüchten rumänische Soldaten in großen Massen nach Westasien und erklären, daß sie es vor Dumaer und Misanthropen im rumänischen Heer nicht mehr aushalten können. Die Deserteure sammeln sich in Gruppen auf die Route nach dem Gouvernement Astrachan auf, wo sie sich niederlassen wollen.

**Das Urteil gegen den Epion Jandrie.** Das Urteil gegen den Epion Alexander Jandrie, den Bruder des zu 19 1/2 Jahren schwerem R. oder verurteilten Jandrie wurde am Sonnabend abends gefällt. Der Gerichtshof erkannte auf 4 1/2 Jahre schweren Kerker, wovon 1/2 Jahre als durch die Unterjuchungshaft verbüßt erachtet wurden.

**Neuer italienischer Lieferungsandal.** In Rom verläutet, daß ein neuer Lieferungsandal bei den Lieferungen nach der Gynenais bekannt geworden ist. Ein Teil der Lieferanten sollen dem Marineministerium minderwertige Waren geliefert und außerdem auch noch unverschämte hohe Preise dafür abgefordert haben. Auch ein ehemaliger Major des italienischen Heeres soll in den Skandal verwickelt sein.

**In Portugal ist alles ruhig.** Der Ministerpräsident und Minister des Aeußern Machado hat an die portugiesischen Gesandtschaften in Ausl. nde folgendes Telegramm gesandt: Die im Auslande verbreiteten Nachrichten über Portugal entbehren jeder Grund. Ein Aufstand der bei dem letzten Eisenbahnerstreik entlassenen Arbeiter hat allerdings stattgefunden, durch die vorgenommenen Sabotageakte sind aber weder Menschenleben verlohren, noch der Zugverkehr unterbrochen worden. Da die Instanzen der Bewegung darauf verzichten haben, noch weiter zu gehen, herrscht jetzt im Lande völlige Ruhe.

**Die Unabhängigkeitsbestrebungen im Epirus.** Ueber die Vorgänge im Epirus erhält die „Albanische Korrespondenz“ folgende Mitteilungen: In Bewegungen im Epirus ist seit vielen Monaten vorbereitet und in der griechischen Presse offen angekündigt worden. Sie wird von dem ehemaligen griechischen Generalgouverneur Rogragaphos, dem griechischen Offizier Epir. milias und dem Metropolit von Koriza geleitet. Die sogenannten „heiligen Bataklone“ rekrutieren sich zum größten Teil aus im Epirus ganzlich fremden Elementen. Die heimliche Bevölkerung steht der Bewegung vollständig fern und wird von den Fremdlingen lediglich terrorisiert.

## Gewerkschaftliches.

### Albert Tobler gestorben.

Der Vorsitzende des Malerverbandes, Genosse Albert Tobler, ist am Freitag im Krankenhaus in Hamburg gestorben. Für die Partei schon unter dem Sozialistengesetz tätig, hat er Zeit seines Lebens bei der großen Arme der Arbeiterbewegung treulich gedient. Doch lag sein Tätigkeitsfeld in den letzten Jahren mehr auf gewerkschaftlichem Gebiet. Seit 28 Jahren gehörte er der gewerkschaftlichen Organisation an, — seit 1897 bekleidete er das Amt des Zentralvorsitzenden im Malerverbande. Er war einer von den stillen, ruhigen Kämpfern, der in der großen Dessenlichkeit, über den Bereich seiner Berufsorganisation weniger bekannt wurde. In früheren Jahren, unter materiell eingeschränkten Verhältnissen der Organisation, war seine Tätigkeit besonders körperlich aufreibend. Jede Lohnbewegung sollte der Vorsitzende selbst leiten und bei jeder Verhandlung zugegen sein. Und als dann aus kleineren Vertragsverhältnissen heraus die großen Tarifbewegungen und Verträge und die schwerwiegenden Verhandlungen mit den Unternehmern erwuchsen, galt es erst recht die ganze persönliche Kraft einzusetzen, um im Interesse der Berufsgenossen zu wirken. Diese aufreibende Tätigkeit, in der Tobler ganz aufging, hat auch seine Kraft frühzeitig gebrochen. Ein schweres Nerven- und Magenleiden zwang ihn im letzten Jahre zeitweilig seine Arbeit einzustellen. Noch suchte er durch eine Kur Erholung. Aber bei den letzten Tarifverhandlungen wurde es schon allen Bewußt, daß er ein körperlich gebrochener Mann war. Doch von großer Pflichterfüllung befeuert, kam er bis in die letzten Tage noch zur Arbeit in das Verbandsbureau. Dort am Pult sitzend, überließ ihn am Donnerstag ein heftiges Unwohlsein. Nach dem Krankenhaus überführt, verstarb er dort, 57 Jahre alt, schon am nächsten Tage.

In der Arbeiterbewegung war Tobler allgemein sehr geachtet und beliebt. Die Gewerkschaftsbewegung, besonders der Malerverband, verliert an ihm einen tüchtigen Führer, treuen Kameraden und wackeren Mitstreiter. Ehre seinem Andenken!

### Stadt und Provinz.

#### Gautag der schlesischen Holzarbeiter.

Im Gewerkschaftshause tagte am Sonnabend und Sonntag die Gautakonferenz der Holzarbeiter Schlesiens und Posen's. Eingeleitet wurde die Tagung vom Gesangsverein Freiheit, der zwei Begrüßungslieder vortrug. Vertreten ist die Konferenz von 53 Ortsverwaltungen durch 59 Delegierte. Außerdem ist der Gauvorstand anwesend.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Dietrich den Tätigkeitsbericht des Gaus für die Zeit 1912 bis 31. Dezember 1913. Leider konnte er viel Erfreuliches nicht berichten. In ganz Schlesien und Posen war die wirtschaftliche Krise eine allgemeine und hat in den Berufen der Holzindustrie verheerender gewirkt als die Krisenjahre 1908 und 1912. Nicht nur in den großen, sondern auch in den mittleren und kleineren Orten, wo man früher Arbeitslosigkeit nicht kannte, war die Zahl der Beschäftigten fast um die Hälfte zurückgegangen. Der Gau Schlesiens als Grenzland und Lieferant für Rußland, Oesterreich und dem Balkan war natürlich in ganz besonderer Maße in Mitleidenschaft gezogen.

Konkurrenz und Stilllegen von Möbelfabriken und Tischlereien in Breslau, in Posen, in Erdmannsdorf, Glas, brachten eine Arbeitslosigkeit hervor, wie nie zuvor. In Drechsler-, Stellmacher- und ähnlichen Gewerben, wie auch im Bauhand war die Lage geradezu trostlos. Wurden doch nur in Breslau im Jahre 1913 55 Neubauten ausgeführt, während es im Vorjahre 225 waren. Parkettleger, Treppendauer usw. waren in großem Maße arbeitslos. Die Krise hat natürlich einen Mitgliederertrag um etwa 7 Prozent bewirkt. So behauerlich das an sich auch ist, so sind das eben Krisenerfahrungen.

Die Lohnbewegungen waren durch den wirtschaftlichen Tiefstand stark beeinträchtigt. Der Ausgang der im Frühjahr 1913 geführten Tarifbewegung in Dentschen, Kattowitz, Königshütte, Bangenöls, Görlitz, Reisse war ein unbefriedigender Erfolg. Auf dem Gebiete der Tarifabschlüsse sind überhaupt im Berichtsjahre Fortschritte gemacht worden. Zur Zeit bestehen im Gau in 32 Orten für 532 Betriebe und 7674 Kollegen Tarifverträge. In 9 Orten kommt der Arbeitgeber-Gewerksverband in Frage. Im Jahre 1913 konnten für die Tarifbewegung mit dem Schupverband in Betracht 5 Orte mit 253 Betrieben und 2619 Beschäftigten. An den Bericht schloß sich eine längere Aussprache an, in der die Verhältnisse der einzelnen Verwaltungen eingehend geführte wurden.

Der nächste Punkt betraf den diesjährigen Verbandstag in Dresden. Der Vertreter des Hauptverbandes Poppe-Berlin machte hierzu eingehende Ausführungen. Der Arbeitslosenstand betrug etwa 1 1/2 Millionen, ist auf 300 000 M. gesunken. Dabei ist das letzte Quartal 1913 noch nicht eingerechnet. Im Jahre 1907 wurde ein Arbeitslosenunterstützung 476 000, 1912 443 000 in drei Quartalen, 1913 aber über 1 1/2 Millionen ausgegeben. Die Unterstützungs-Einrichtungen der Organisations wirken gewiß legensreich, sie tun alles Mögliche, um ihre Mitglieder vor der schlimmsten Not zu schützen, sie kommen aber nicht darüber hinaus, weil sonst die vornehmliche Aufgabe, die Lage der Mitglieder durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben, ungelöst bleiben müßte. Die Mehrleistungen müßten auf Kosten des Kampffonds erfolgen. Poppe verbreitet sich auch über gewerkschaftliche Fragen und die Ausichten in der Zukunft. Die Anträge betreffend die Arbeitslosen- und Mecklenburgerkassen fanden ihre Erledigung durch den Antrag, den der Verbandsvorstand auf dem Verbandstage stellen wird. Die Kasse bleiben die alten, nur soll die Unterstützung von 6 auf 7 Wochen ausgedehnt werden.

Kunze, Breslau, führte aus, man sollte das Hauptgewicht auf die Ausgestaltung der Kampfformation legen, als immer nur die Forderung auf die Ausdehnung der Unterstützung zu erheben. In erster Reihe dient der Verband den Mitgliedern zur Hebung der Lage durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, dazu gehören vor allem ein großer Kampffonds, der nicht geschwächt werden darf.

Von den angenommenen Anträgen heben wir die von Hefty und Breslau gestellten hervor, die eine lange Aussprache erforderten. Beim Ableben eines Mitglieds oder verstorbenen Kollegen wird einem legitimirten Hinterbliebenen, soweit dieser in häuslicher Gemeinschaft mit dem Verstorbenen gelebt oder einem dauernden Fürsorgeverhältnis zu ihm gestanden die jahrgewöhnliche Unterstützung ausbezahlt. Der Dresdener Antrag betraf die Unterstützung der im Dienste des Verbandes Inhaftierten, sie sollen mit dem vollen Betrage des Arbeitsverdienstes unterstützt werden. — Zum Schluß der Konferenz wurden die Vertreter ernannt, in ihren Orten für Stärkung der Organisations nach Kräften zu wirken. Der Gau zählte am Schluß des Jahres 1913 8149 Mitglieder. Die Jahresbeiträge betrug 13 518 Mark, die Ausgabe 13 078 Mark, es verbleibt sonach ein Rest von 440 M.

**Achtung, Schuhmacher!** In Breslau werden arbeitswillige Schuhmacher für die Münchener Schuhfabriken gesucht. Wir weisen die Kollegen darauf hin, daß die Schuhmacher in München seit sieben Wochen ausgesperrt sind. Zugang nach München ist also ferngehalten.

### Ortsverwaltung des Schuhmacher-Verbandes.

#### Deutsches Reich und Ausland.

**Krise in der Solinger Waffenindustrie.** In der Waffenindustrie ist ein schwerer Konflikt ausbrechen. Der Metall- und Industriearbeiter-Verband haben über die Waffenfabrik Carl Eichhorn den Streik verhängt, weil diese Arbeiten auswärts ausführen ließ. Der Fabrikantenverband beabsichtigt, den Streik mit der Aussperrung aller Waffenarbeiter zu beantworten.

**Städtische Arbeiterauswahl in Jlitau.** In Jlitau fanden zum ersten Mal die Wahlen zu einem von der Stadtverwaltung eingeleiteten Arbeiterauswahl statt. Dabei siegte die Liste der Kandidaten des Staats- und Gemeindefabrikantenverbandes trotz einer von den Gegnern und Unorganisierten aufgestellten Liste. Der rühmlichste bekannte Oberbürgermeister Dr. Küllig in Jlitau wird daran wenig Gefallen finden.

**Ein neuer Eisenbahnerstreik in Portugal.** Erst vor einigen Wochen hat die portugiesische Regierung einen allgemeinen Aufstand der Eisenbahner durch Massenverhaftungen und Repressalien unterdrückt. Die Verhafteten sind inzwischen meist wieder in Freiheit gesetzt worden. Sonst aber lebt die Regierung ihre Besserungsveruche an den Eisenbahnen fort. Ihre neuen Verordnungen sind von dem Sinne befeuert, den Eisenbahner ihr Koalitions- und Streikrecht ganz zu nehmen. Dazu wurden jetzt wieder 40 Eisenbahner gemahregelt. Und dieser letzte Willkürakt der Regierung hat die Eisenbahner wieder zum Streik getrieben, zumal die verprochenen Lohnverhöhungen nur jenen Arbeitern bewilligt wurden, die am letzten Streik nicht teilnahmen. Inzwischen verbreitet die offizielle Presse alarmierende Nachrichten über Sabotageakte und Dynamitattentate der Eisenbahner gegen Züge, Tunnel und Bahnhöfe; doch sind solche Nachrichten nur sehr vorsichtig aufzunehmen. Der Eisenbahnverkehr in Portugal, besonders mit dem Auslande, ist völlig lahmgelegt.



Jede verständige Mutter gibt ihren Kindern Rathreiners Malzaffee. Denn Rathreiners Malzaffee erhält die Kinder frisch und kräftig und macht den Kleinen die Milch schmackhaft. Tausende von Ärzten empfehlen ihn.



# Wie das Haus Petersdorff und seine Geschäftsführung beurteilt wird

## Das Gute bricht sich Bahn!

Von der Wahrheit dieses Satzes war der Gründer der Firma Petersdorff überzeugt, als er vor 22 Jahren das Posener Haus eröffnete, welches sich in der verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit so mächtig entwickelte, daß die Errichtung eines Zweighauses in Königsberg und dann in Breslau in Aussicht genommen wurde. Jetzt ist das dritte, seit langem geplante Werk vollendet. Unser neuerbautes Haus ist gerüstet, Kauflustige aus allen Teilen Schlesiens zu empfangen. Die beste Empfehlung bleibt die Empfehlung Dritter. Dies veranlaßt uns zur Veröffentlichung der folgenden Zuschriften, die wir im Laufe der letzten Zeit erhielten

... Ich danke ergebenst für die überaus kulan-  
te Übersendung des Überziehers. Die Ausführung ist  
wie immer ausgezeichnet. Ich werde nicht ver-  
fehlen, Ihre werthe Firma, wo ich nur irgend kann,  
zu empfehlen.

Breslau

Kgl. Eisenb.-Sekretär H.

Die beiden Anzüge sitzen gut, so daß ich bei  
Bedarf wieder von Ihnen beziehen werde.

Luckau i. Lausitz

Frau Pastor C.

... Zum Ausgleich der Nota und besten Dank für  
die prompte und gelungene Ausführung meines  
Auftrages.

Waldenburg i. Schl.

Apotheker E.

Bin mit den Hosen sehr zufrieden. Tadellos  
Sitz. Werde nächstens noch mehr bei Ihnen be-  
stellen.

Köben a. Oder

Insp. G. T.

Mit der Ausführung meiner Bestellung bin ich  
recht zufrieden.

Guhrau (Bez. Breslau)

Rektor E.

Besten Dank für Übersendung der Pelzjoppe.  
Selbige sitzt sehr gut und ist die Ausführung tadel-  
los. Werde mich gern, sobald ich Bedarf habe,  
an Ihre werthe Firma wenden.

Pilschen OS.

Pastor G. K.

Der von Ihnen gelleferte Livrée-Anzug sitzt gut.  
Lüben (Schlesien)

Graf v. B., Rittmeister

Mit dem mir vor 6 Wochen gesandten Mantel bin  
ich sehr zufrieden und hoffe, daß die erbetene  
Sendung gleichfalls zu meiner Zufriedenheit aus-  
fallen wird.

Orzegow OS.

Gemeinderendant B.

Seit 8 Jahren beziehe ich für meinen Sohn sämt-  
liche Garderobe von Ihnen. Ich war mit den  
Lieferungen außerordentlich zufrieden. Die  
Sachen waren elegant und haltbar. Auch Damen-  
garderobe und Schuhe wurden zu meiner größten  
Zufriedenheit geliefert und kann und werde ich  
die Firma stets weiter empfehlen.

Breslau, Ernststraße

Frau A. S.

Besten Dank, bin mit den gellefertigen Gegen-  
ständen ganz außerordentlich zufrieden.

Glatz

Frau Pastor M.

Sie haben mir vor 2 Jahren 3 Anzüge zu meiner  
Zufriedenheit angefertigt. Ich setze voraus, daß  
Sie für guten Sitz wie früher (auch ohne Anprobe)  
garantieren und im Vertrauen darauf bestelle ich  
heute einen Gesellschaftsanzug.

Petersdorf i. Rgb.

Dr. med. J.

Bin mit dem Anzug ebenfalls recht zufrieden.  
Petersdorf i. Rgb.

Dr. med. J.

Schönen Dank für die freundl. Übersendung,  
die uns sehr zufriedenstellte.

Britzke b. Konstadt OS.

Revierförster Sp.

Seit mehr als 20 Jahren, in Posen 14, in Breslau  
9 Jahre, bin ich durch Ihre Lieferung von Herren-  
und Damen-Garderobe in jeder Beziehung vor-  
züglich bedient worden. Erst vor kurzem bin ich  
wieder durch die Lieferung von 2 Anzügen und  
1 Paletot für meinen Sohn vollkommen zufrieden-  
gestellt worden. Ich kann also nicht umhin, Ihnen  
dafür herzlich zu danken und sichere Ihnen in der  
Hoffnung, auch zukünftig so reell bedient zu  
werden, meine weitere Kundschaft zu. Auch werde  
ich es nicht verfehlen, Ihr hiesiges Unternehmen  
in jeder Hinsicht anderweitig zu empfehlen.

Breslau, Kirchstraße

E. B.

**Eröffnung:**  
nächsten Donnerstag, nachm. 5 Uhr  
nur zur Besichtigung

**Beginn des Verkaufs:**

**Freitag**

vorm. 9 Uhr

# Rudolf Petersdorff

Größte Bekleidungs-Spezialhäuser im östlichen Deutschland

Posen

Breslau

Königsberg i. Pr.

Unser Personal wird sich durch höfliche aufmerksame Bedienung besonders auszeichnen



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. März.

### Was geschieht in der roten Woche?

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Breslau plant für die rote Märzwoche eine umfassende Arbeit. Wenn auch das größte Gewicht auf die Stärkung unserer politischen Organisation gelegt werden soll, wird außerdem die weitere Aufgabe der roten Woche, das Gewinnen neuer Leser für die Parteipresse, auch nicht zu kurz kommen.

Jedes Parteimitglied erhält eine gedruckte Aufforderung zur Mitarbeit zugesandt, nebst einem Aufnahmefchein und einem „Volkswacht“-Zettel.

Sonntag, den 8. März, soll ein Flugblatt über die ganze Stadt verteilt werden.

Montag, den 9. März, werden an Stelle der monatlichen Bezirksversammlungen (Sachabend) elf Bezirks-Mitglieder-Versammlungen abgehalten, wozu alle Parteifunktionäre noch besondere schriftliche Einladungen erhalten.

Der diesjährige Frauentag wird Donnerstag, den 12. März, in den Sälen des „Gewerkschaftshauses“ abgehalten; Rednerin ist die Genossin Regina Pöben aus Berlin. Im März fallen die üblichen monatlichen Frauenabende aus.

Sonntag, den 15. März, ist eine Pausagitation zur Mitgliederwerbung von allen Distriktsstellen aus. Vier öffentliche Vorstadt-Versammlungen sind für Montag, den 16. März, angesetzt. Als Redner wurden gewonnen die Genossen: Oberle aus Gärlich, Erling aus Deutsch-OS, Schiller aus Waldenburg und Schönwälder aus Langenbielau.

Der Vorstand ist also bestrebt, alles zu tun, was die rote Woche, der Aufforderung des Parteivorstandes entsprechend, wirkungsvoll gestalten kann. Es gehört aber die opferfreudige Mitarbeit aller Parteimitglieder dazu, wenn die rote Märzwoche die erwünschten Erfolge zeitigen soll. Darum: Genossinnen und Genossen, seid auf dem Posten. Bleibe niemand zurück; es kann jeder helfen!

### Das Konsulat vermittelt Streitbrecher.

Zwei österröische Polzarbeiter, die aus ihrer Heimat hier zugewandert waren, wandten sich um Unterstützung an ihren Konsul. Auf dem Konsulat wurde ihnen aber bedeutet, daß sie keine Unterstützung bekämen, denn es wäre Arbeit genug zu haben. Nachdem sich die Beamten telephonisch mit den Unterdienststellen in Verbindung gesetzt hatten, händigten sie den arbeitslosen Landsteuten einen Zettel mit der Adresse dieser Firma aus. Daß die Fabrik ihre Arbeiter auszulassen verweigerte, sagte man ihnen nicht. Glücklicherweise liefen sie den Ausgewanderten die Hände. Als sie von diesem erfuhren, daß sie als Klausner verwendet werden sollten, dankten sie höflich, und so gingen der Firma wieder zwei Arbeitswillige verloren.

Wellecht ist das österröische Konsulat künftig so freundlich, den zureisenden Landsteuten ehrlche Arbeitsgelegenheiten zu vermitteln. Ein Konsulat ist doch schließlich kein Streitbrechervermittlungsbureau.

### Ueber die Oberfährt

Schreibt der hiesige Schiffsfahrtsverein unterm 28. Februar: Der ganze Oberstrom ist eisfrei. Der Wasserstand in der Woche vom 21. bis heute schwankte im Mittel von 1,93 Meter anwachsend auf 3,71 Meter und heute zum Stande von 3,11 Meter zurückgehend. Am hiesigen Unterpegel las man am 21. minus 1,04 Meter und heute plus 0,46 Meter ab. Die Schiffsahrt zwischen Breslau und Stettin ist aufgenommen. Mit Aufriehung der Wehre im oberen Lauf der Oder zwischen Breslau und Cosel ist man beschäftigt und soll den ersten über Winter beladenen Rähnen von Cosel das Abschwimmen nach Breslau morgen längstens übermorgen gestotet werden.

Die Betriebsöffnung an der Unterfährt in Breslau soll am 2. März erfolgen. Augenblicklich ist man dabei, das letzte Stück des bis Ostmit gehenden Dückers unter der Fahrwasserstraße einzufügen. Die Arbeiten sollen aber heute dem morgen fertiggestellt sein. Die im Großschiffahrtsweg im Winterland gelegenen Rähne werden heute schon durch die Oberfährt zur Aufwärtsfahrt herausgebracht.

Der Ober-Spree-Kanal wird am morgigen Tage in Fürstberg die Fahrt nach Berlin freigegeben. In Berlin in Schönowe die ersten Rähne nach Fürstberg am 2. März ab. Der eisenbahnähnlichen Umfahrgassen in Breslau und Malitz sind am 27. Februar dem Verkehr übergeben worden. In Cosel-Oberhafen wurde der Umfahrgassenverkehr mit bahnsittigen Ausgangsgenehmigungen für 2. März freigegeben. Da der Strom zwischen Breslau und Fürstberg schon frühzeitig frei war, so konnte es nicht ausbleiben, daß etwa 100 leere Fahrzeuge, welche in Fürstberg und unterwegs Winterruhe gehalten hatten, in Breslau in der letzten Woche anlangten und hier auf die Eröffnung des Oberwassers warten mußten. Die Ankunft dieser Rähne und auch noch ein Bestand leerer Fahrzeuge vom Winter her lassen die Frachtarbeiter für Stiller an und für sich niedrig einsehen und auch weiter abflauen, weil das Angebot an Getreide und auch an Zucker noch nicht besonders dringend ist. Nach Eröffnung der oberen Strade und bei größerem Angebot dürften aller Voraussicht nach die Frachtaraten wieder steigen.

In Stettin, von wo man mit Abschleppen der über Winter beladenen Fahrzeuge beschäftigt ist, konnte sich wegen geringen Angebotes ein größeres Frachtgeschäft noch nicht entwickeln. In Hamburg ist bei sehr geringem Angebot von Bergwärtsgehenden und reichlich vorhandenem Raum die Frachtlage eine überaus niedrige. Dementsprechend sind allerdings auch die Fahnmieten niedriger denn je.

Das Bringerverfahren für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsgelder. Die städtische Verkehrs-Deputation macht bekannt: Von den städtischen Körperschaften ist beschlossen worden, vom 1. April 1914 ab bei der Kasse der städtischen Betriebswerke das Bringerverfahren einzuführen. Jeder Entnehmer von Gas, von Wasser oder elektrischem Strom erhält daher für den Verbrauch von diesem Zeitpunkt ab zugleich mit der Rechnung der Kasse der städtischen Betriebswerke eine ausgedruckte Zahlungsart. Er braucht diese Karte von der Rechnung nur abzutrennen, sie bei einer beliebigen Postanstalt vorzulegen und den darauf vermerkten Betrag einzuzahlen. Es steht ihm aber auch frei, unter Vorlegung der Rechnung im Kassengebäude am Leistung-Platz, zu zahlen. Mit den Abnehmern wird grundsätzlich nur alle 3 Monate abgerechnet. Die ersten Rechnungen werden im Juni d. J. ausgehändigt werden. Alle Abnehmer, die

an mehreren Stellen, Erzeugnisse aus den städtischen Betrieben einnehmen, werden hiermit ersucht, der Kasse anzugeben, an welcher Stelle die Rechnungen ausgestellt werden sollen. Die Gebühreheber sind angewiesen, die Wünsche der Abnehmer entgegenzunehmen.

Der Kammermusik-Abend im Gewerkschaftshaus, der vom Bildungsverein für den gestrigen Sonntag angelegt war, hatte eine große Zahl von Zuhörern angelockt, als die Veranstalter es selbst erwarten konnten. Der große Saal unseres Heimes war gut besetzt und mit dankbarer Miße und Aufmerksamkeit folgte die Zuhörerschaft den hervorragenden Darbietungen, die drei der ersten Künstler unserer Stadt ihr boten: Herr Hugo Markt, der hervorragende Meister am Klavier, der besonders in der Partitur von Mozart die Zuhörerschaft entzückte, Herr Konradtmeister Heinrich, der Virtuose der Violine, festigte seinen alten Ruhm durch die Grieg-Sonate, und mit beiden vereint wirkte Herr Drobnytzky, einer unserer ersten Cellisten, in dem wunderbaren Trio von Ludwig Beethoven, mit dem der Abend begann. Im Mittelpunkt des Abends standen sodann vier wunderbare Lieder von Schubert, Schumann, Jensen und Mendelssohn-Bartholdy, die Fräulein Elise Brigg in ansprechender Weise mit langweiliger Stimme zum Vortrag brachte. Alles in allem kann der Versuch, Kammermusikabende bei unseren Arbeitern einzuführen, als wohlgeglungen bezeichnet werden, trotzdem durch ein Versehen das letzte Trio, Nr. 5 des Programms, ausfallen und durch ein Solo des Herrn Konradtmeister ersetzt werden mußte. Eine angenehme überraschende Neuerung ist auch der langweilige Gong, der die Beeren anzeigt. Er ist das Geschenk eines Freundes an den Bildungsverein und ermöglicht es, den schillen Klang der Klingel aus der garten Programmdarbietungen fernzuhalten.

Gesundheitsbericht. In der Woche vom 16. bis 21. Februar sind nach einer Zusammenstellung des städtischen Amtes in Breslau 67 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 262 Kinder geboren; davon waren 196 ehelich, 67 unehelich, 245 lebendgeboren (128 m., 117 w.), 7 todegeboren (2 m., 5 w.). Mit den 6 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 190 Sterbefälle (94 m., 96 w., darunter 24 Ortsfremde) in der Berichtswache gemeldet worden. Von den Verstorbenen waren 53 unter 1 Jahr alt (31 ehelich und 21 unehelich geboren). In Todesursachen kamen vor: Masern 2, Diphtherie 3, Keuchhusten 5, Tuberkulose 23, Franchdurchfall 14, Selbstmord 2, Unglücksfälle 3 und alle übrigen Todesursachen 105. An übertragbaren Krankheiten wurden vollständig gemeldet: Diphtherie 30, Scharlach 8, ägyptische Augenkrankheit 2, Wochenbettfieber 2, Unterleibstypus 1, Wadenl. In den hiesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 3709; es kamen hinzu 938, es starben 60, es gingen ab 920, so daß am Ende der Woche 3737 verblieben.

Der Zoologische Garten eröffnete am 1. März den Verkauf von Dauerkarten für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915. Jahreskarten werden nicht mehr ausgegeben. Die Dauerkarten haben schon vom Tage der Lösung an Gültigkeit, auch vor dem 1. April. Dem Wunsche von Magistrat und Stadverordneten Rechnung tragend, werden zwei Konzerte in der Sommerzeit und zwar Mittwoch und Sonnabend (statt bisher Montag) von unserer städtischen Theaterkapelle unter Leitung von Kapellmeister Rüstler ausgeführt. Sonntag spielt wie bisher die Kapelle des Inf.-Regiments Nr. 51 (Kgl. Obermusikmeister Sobanski) und Freitag die des Grenadier-Regiments Nr. 11 (Kgl. Musikdirektor Reindel). Die 12 Sinfonie-Konzerte (in der Winterzeit Freitag alle 14 Tage) werden im nächsten Winter von der Kapelle des Breslauer Orchestervereins unter Leitung von Kapellmeister Mundry übernommen. Im Sommer wird an den Konzerttagen, bei gutem Wetter, abends 9 bis 9 1/2 Uhr die große Leuchtschau des Besichtigers vorgeführt. Als besondere Darbietung bringt im Hochsommer Karl Marquardt eine sehr unterhaltende lehrreiche Völkerrunde „Die Menschenaffen des Mittelalters“ zur Schaustellung her.

Ueber den Nachlaß des Opernjüngers Weeg, der jahrelang am Stadt-Theater wirkte und freiwillig aus dem Leben schied, ist am Sonnabend vor dem hiesigen Amtsgericht verhandelt worden. Nach dem Testament Weegs waren einige Vermächtnisse ausgesetzt; sie wurden aber hinfällig, da die Schulden das Vermögen weit übersteigen. Die Forderungen an Weeg betragen 6012,65 Mk., sein Vermögen 2127,84 Mk. Die Gläubiger werden also etwa 25 Prozent ihrer Forderungen erhalten.

Das Bureau der königlichen Gewerbeinspektion für Breslau-West (umfassend die Polizeireviere 1, 5, 6, 16, 18 bis 26 und 28) wird am 27. März 1914 von Sabowatzstraße 68 in das erste Stockwerk des Hauses Moritzstraße 21 (Postamt 18) verlegt.

Zwangweise versteigert werden demnächst vom hiesigen Amtsgericht folgende Grundstücke: Brüderstraße 24 und Leutweinstraße 7 am 21. April, Neuschstraße 15/Neue Weltgasse 1/Neuhenochle 30 am 18. April.

Die Kleinfahrer-Juugung feierte am 1. März ihren großen Sonntag nach uralem Jungstgebrauch. Im Zentrumsaal wurden nach einer Ansprache des Obermeisters Reugebauer 80 Sektlinge in die Juugung aufgenommen und 66 zu Gesellen gesprochen.

Die städtische Feuerversicherungs-Kasse macht bekannt, daß für 1913 von den Eigentümern der versicherten Grundstücke auf 1000 Mk. des Versicherungsbetrages ein Beitrag von 21 Pf. zu zahlen ist. Dem Eigentümer wird die Höhe des Beitrages durch ein Schreiben mitgeteilt.

Schwerer Straßenbahnunfall. Am Sonnabend nachmittags, kurz nach 1 Uhr, wollte der Arbeiter August Seeliger, Friedrich Karlstraße 45, auf der Westendstraße vor dem Grundstück Nr. 12 einen fahrenden Straßenbahnzug besteigen, glitt aber vom Trittbrett ab, stürzte und geriet unter den nachfolgenden Anhängewagen, der zum Teil über ihn hinwegging. Dem Mann wurde ein Bein abgefahren. Sanitätsleute der Feuerwehr legten dem Verletzten einen Notverband an und schafften ihn ins Allerheiligenshospital. Der Mann ist verheiratet und Vater von drei erwachsenen Kindern.

Ausgehundene Kindesleiche. Am Sonnabend vormittags 11 Uhr wurde im Hofe am Tor 3 des Ostlicher Friedhofs eine weibliche Kindesleiche aufgefunden. Sie war in eine rot- und blaue gestreifte Schürze und roten Kesselnunterrock eingewickelt, dann mit graubraunem Papier und einem Bogen des „General-Anzeigers“ umwickelt und fest verschürt. Das Schlüsselloch der Koffertür war mit einer Federspule und mit Papierstücken verstopft. Die Leiche des Kindes lag an der linken Kopfseite über dem linken Ohr eine 2 Zentimeter lange klaffende Wunde.

Ermittelte ist die Mutter, die ihr neugeborenes Kind (ein Mädchen) auf der Paulinenstraße bei einer Familie ausgegeben hat. Die Mutter hat sich nach der Aufhebung ihres Kindes nicht in ihre Wohnung, sondern auf den Bahnhof Schaffen lassen und ist aus Breslau entwichen.

Beim Spielen verunglückt ist am Sonnabend mittags in der Augustaschule auf der Schwesinstraße eine sechsjährige Schülerin. Sie erlitt einen schweren Oberschenkelbruch. Die Leiche einer Frau von etwa 25 Jahren ist am Sonnabend aus der Oberstraße gefunden worden. Sie ist 1,60 Meter groß und war bekleidet mit grauem Rock, hellem Jackett und hellen Schuhen. Die Leiche wurde ins Schauhaus geschafft.

### Mitglieder der Erkranktenliste „Oratiovia“.

Mittwoch, den 4. März, abends von 6 bis 9 Uhr, im Glasalon des „Pariser Garten“, Weidenstraße 21: Wahl der Ausschussmitglieder aus dem Kreise der Versicherten.

Diese Kasse besteht für den Geschäftsbetrieb der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-genossenschaften und Versicherungsanstalten in Breslau.

Für die Vorschlagsliste der Gelben wird in einem Rundschreiben folgendes gesagt:

Wir richten an die Leiter der in Frage kommenden Bureaus die bringende Bitte, ihrerseits mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die ihnen unterstellten anderen stimmungsbereiten Klassenmitglieder, seien es Bureauangestellte oder sonstige Hilfspersonen (Wahlmännerfrauen u.) unter allen Umständen ihrer Wahlpflicht genügen.

Demgegenüber ist zu bemerken, daß auf dieser Liste u. a. die weiblichen Mitglieder von der Vertretung ausgeschlossen sind. Die Liste I vom Wahlausschuss der freien Gewerkschaften dagegen enthält auch eine Frau. Die Liste I beginnt mit dem Namen Albrecht, Otto. Stimmzettel sind vor dem Wahllokal zu haben.

Verabreichung von Mängelmessern. Der Mängelmesser in der Wohnung eines Maschinenarbeiters auf der Einbaumstraße ist am 26. Februar nachmittags gewaltsam erbrochen und seines Gehäuses von 24 Mark beraubt worden. — Auch in einer Wohnung auf der Weidenburgstraße ist am 27. Februar nachmittags der dort aufgestellte Mängelmesser gewaltsam erbrochen worden; in diesem Falle fielen dem Dieb nur 3,50 Mk. in die Hände.

Diebstahl auf der Reichsbank. Einem Rasenboten ist am Sonnabend vormittags zwischen 11 1/2 und 12 Uhr an der Weichselstraße der hiesigen Reichsbank aus der inneren Seitentasche seines Heberziehers eine braune leberne Priestertasche gestohlen worden. Es lagen darin 1000 Mark in Hundstammscheinen, die Kopie eines vom Schlesischen Wandverein diktierten Wechsels, eine Quittung über geleistete Zahlung und Eingangs-gettel mit dem Stempel der Firma Sachs u. Schlegel.

### Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

#### Achtung, Parteigenossen und Gewerkschafter!

Mittwoch, den 4. März, nachmittags 2 Uhr, findet in Alettern die Gemeindevahl statt. Veranlaßt eure Arbeitskollegen aus Alettern, pünktlich zur Wahl zu gehen. Jede Stimme zählt; die Gegner geben sich die größte Mühe, das Mandat zu erobern. Für die Arbeiter der Alettern-dorfer Zuckerfabrik ist durch Rücksprache mit der Fabrikleitung gesorgt, daß sie für ihr Arbeitsverhältnis nichts zu befürchten haben, wenn sie dem Gemeindevorsteher Strowig ihre Stimme geben.

#### Auf zur Agitation!

Die politische Organisation hat im vergangenen Jahre wegen der Arbeitslosigkeit und der herrschenden Leuerung schwer gelitten. Ebenso ist auch die Zahl der Volkswachtler zurückgegangen. Dem soll in der „roten Woche“ abgeholfen werden! Am Sonntag, den 8. März werden in allen Dörfern, wo Erfolge zu hoffen sind, Flugblätter verteilt, um die Säumigen aufzurütteln. Im Laufe der Woche bekommen alle, die bis jetzt noch nicht die „Volkswacht“ halten, die Zeitung unentgeltlich zugestellt. Doch wird die Verteilung nicht von den Kolporteurs erledigt, sondern unsere Agitatoren erhalten 5 bis 10 solcher Adressen und müssen nun die Zeitung verteilen. Sonntag, den 15. März wird überall noch einmal abgefragt, um Mitglieder und Abonnenten zu gewinnen.

In jedem Distrikt findet nächste Woche eine Sitzung der Funktionäre statt, an der alle Vertrauensleute der Partei, der Gewerkschaften, der Gesang- und Sportvereine teilnehmen. Jeder in der roten Woche tätige Genosse erhält vom Distriktsführer in dieser Sitzung das notwendige Material, wie Flugblätter, Listen usw., außerdem mit Nummern versehene Aufnahmefcheine für die Partei und die Volkswacht. Die Nummern der Scheine sind besonders vermerkt. Auf der Generalversammlung wird das Resultat der einzelnen Distrikte bekanntgegeben.

Wo es möglich ist, werden Sonntag, den 15. März, öffentliche Versammlungen abgehalten, für die sehr tüchtige Redner gewonnen sind.

Parteigenossen des Landkreises! Unterstützt die schwere Tätigkeit eines Distriktsführers, damit alle Arbeit gewissenhaft erledigt werden kann. Bleibe keiner zurück, jeder ist ein guter gefeherter Kämpfer.

Die Distriktsversammlungen werden der roten Woche wegen nicht an dem bestimmten Tage abgehalten. Das Nähere wird noch bekannt gemacht.

Schweitzer. Sonderbare Auslegung der Landgemeindevordnung. Als kürzlich ein hiesiger Arbeiter einer Sitzung der Gemeindevertretung beiwohnen wollte, wurde er auf Veranlassung eines zufällig anwesenden hiesigen Beamten von dem Gemeindevorsteher aus dem Saal verwiesen. Gegen diesen ungerechten Einspruch erhob der Arbeiter Beschwerde bei dem Landrat von Breslau mit der Begründung, daß er Steuerzahler ist und demgemäß das Gemeindericht besitzt. Der § 109 der Landgemeindevordnung erlaubt ihm demnach, an der Sitzung als Zuhörer teilzunehmen. Der Mann wurde mit seiner Beschwerde abgewiesen. Die Begründung ist höchst originell. Wir unterbreiten sie daher unseren Lesern.

Breslau I, den 9. Februar 1914.

Weidenstr. 15.

Ihre Beschwerde vom 22. v. Mts. gegen den Gemeindevorsteher wurde ich hiermit als unbegründet zurück. Bei der Tätigkeit der Gemeindevertretung muß die Tätigkeit derselben als Hauptkörper von der beschließenden Tätigkeit unterschieden werden. Zuhörer dürfen zu den Sitzungen nur zugelassen werden, soweit deren beschließende Tätigkeit in Frage kommt. Dies war aber in der Sitzung vom 20. v. Mts. nicht der Fall.

(Name unleserlich)

Regierungs-Beauftragter.

Der Herr Regierungs-Beauftragter sollte sich einmal die Landgemeindevordnung etwas näher ansehen. Nebenbei wird ich der Regierungsvorstand schon befohlen, dem eine Beschwerde anzuwenden ist.



### Gegen die großen Krankenkassen.

Preußens Staatsbureaucratie ist am Ziel ihrer Wünsche. Es streckt die Hände aus nach den größeren Orts-, Landes- und Innungs-Krankenkassen, um die von der Reichs-Versicherungs-Ordnung noch gebulbelte Selbstverwaltung vollends zu erbrockeln. Bekannt war, daß hierzu der § 359 R.V.O. herhalten muß, der da vorschreibt, daß die auf Lebenszeit angestellten Beamten der großen Kassen von der Landesregierung die Rechte und Pflichten der staatlichen oder gemeindlichen Beamten erhalten können.

Die preußischen Behörden waren bisher nicht ganz sicher, ob die Landesregierung auch beide Augen zudrücken würde. Seit den Erklärungen des Unterstaatssekretärs Dr. Caspar im Reichstage weiß nun Preußen, daß sich ihm die Landesregierung unterworfen hat. Es kann den § 359 so auslegen, wie es ihm beliebt, wenn das auch zu den feierlichen Erklärungen in der Reichstagskommission paßt wie die Faust aufs Auge. Und Preußen will bekanntlich trotz des offenbarsten Widerspruchs zu dem Willen des Gesetzgebers nicht nur die etwa lebenslanglich angestellten Personen, sondern auch die Angestellten zu Staats- oder gemeindlichen Beamten machen, die gegen Kündigung, aber „mit Anrecht auf Ruhegehalt“ angestellt sind.

Und Preußen hat's eilig damit. Gleich nach der Caspar'schen Zustimmung zur preußischen Auslegung des § 359, nämlich schon unter dem 18. Februar erklären der preußische Handelsminister und der für Landwirtschaft, daß sie

Auf Grund des § 359 Absatz 4 und des § 413 Absatz 2 der R.V.O. den auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellten Beamten der Orts-, Landes- und Innungskrankenkassen sowie der Kassenverbände die Rechte und Pflichten gemeindlicher Beamten übertragen.

Der Zweck ist selbstverständlich, die Krankenkassen und die Beamten unter Preußens Joch zu bekommen. Deshalb soll auch in dem besonderen Anstellungs-Regulativ für diese Beamten festgelegt werden, daß neben dem Kassenvorstande der Landrat oder der Bürgermeister ein Dienstaufsichtsrat haben; über diesen beiden thronen die Landesbehörde als ebenfalls eingriffsberechtigter Stelle. Diese Beamten haben auch den Staatsdienereid zu leisten; daß sie dem König untertänig, treu und gehorsam sein wollen. Schließlich werden sie auch — wie es ein preußischer Regierungsrat selbst bezeichnet — strengen Vorschriften des Disziplinargesetzes unterstellt; im preußischen Herrenhause ist ja der Gesegentwurf, der das verlangt, bereits angenommen.

Die preußischen Minister vermuten nicht ohne Grund, daß Kassenvorstände und Angestellte wenig Neigung verspüren werden, Selbstmord zu begehen. Sie werden es sich sehr überlegen, ob sie unter solchen Umständen die pensionsberechtigten Anstellung noch beibehalten oder sie neu einführen wollen. Weil Preußens Regierung hiermit rechnet, ordnet sie mit dem gleichen Erlaß vom 18. Februar weiter an, daß, wo die Kassen nicht selbst die erforderlichen Voraussetzungen für die Befestigung ihrer Selbstverwaltung liefern, dann von dem Recht des § 359 Absatz 2 grundsätzlich und überall Gebrauch zu machen ist.

Hiernach können die Oberversicherungsämter gegen den Willen der Kassen, die mehr als 10 000 Mitglieder zählen, die „Geschäftsleiter“ der Kasse zu solchen Beamten machen. Auch hierbei will Preußen so viel Beamte wie möglich verschlucken; darum dehnt es den Begriff „Geschäftsleiter“ ganz unglaublich aus. Es heißt nämlich in dem Erlaß:

„Wer bei einer Kasse als Geschäftsleiter anzusehen ist, muß nach Lage des einzelnen Falles beurteilt werden. Kleinere Kassen werden nur einen Geschäftsleiter besitzen, während bei großen Kassen regelmäßig mehrere tätig sein werden. Angehörige, die in der Kasserverwaltung eine leitende Stellung einnehmen (Bureau-, Registratur- und Kassenvorsteher, Kassensührer, Leiter selbstständiger Abteile- und Zahlstellen u. a. m.), sind in der Regel als Geschäftsleiter im Sinne des § 359 R.V.O. anzusehen.“

So wird mit den bedenklichsten Mitteln den Kassen ihre Selbstverwaltung genommen, die Selbstverwaltung, die eine alle liberale Forderung ist. Umso erstaunlicher ist es, daß sich im Lager der sogenannten liberalen Parteien keine Hand rührt. Bei den Konservativen findet natürlich die Regierung lauten Beifall; sie bleiben sich selbst treu im Kampfe gegen Volksrechte, um an deren Stelle überall die preussische Polizeiherrschaft zu errichten.

Die Gegner der vollen Sonntagsruhe sind wieder am Werke. Seit zwanzig Jahren fordern die Handelsangestellten mit guten Gründen, endlich auch ihnen die volle Sonntagsruhe zu bringen; aber ein Teil der Geschäftsleute ist darüber höchst entsetzt und fordert, alles beim alten zu lassen. Am Freitag war es wieder einmal der heilige Detailisten-Verein, der mit Entschiedenheit gegen die Einführung der vollen Sonntagsruhe protestierte. Die Regierung und der Reichstag werden, beirungen gebeten, die schwierige Lage der Geschäfte zu berücksichtigen und einem Urtel auszusprechen, das den Mühen vieler Gewerbetreibender zur Folge haben muß. Das sagten viele Geschäftsleute auch vor 20 Jahren, als die beschränkte Sonntagsruhe eingeführt wurde. Die Erfahrungen anderer Städte beweisen, daß auch die volle Sonntagsruhe ohne Schaden der Ladeninhaber möglich ist. Es sei noch erwähnt, daß sich die Papier- und Schreibwarenhandler Breslaus ebenfalls gegen die volle Sonntagsruhe ausgesprochen haben.

Der Landmann als Betrüger. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof traf am 26. Februar ein Galizier einen galizischen Landarbeiter, der gerade im Begriff war, nach Hause zu fahren. Er hielt ihn an, stellte sich als Landmann vor und gab an, daß er ebenfalls heimgehen will. Bevor sie abreißen, verstand es der Galizier, den Landarbeiter in eine Restauration auf der Taschenstraße zu locken. Hier sprach er äußerst vertrauensvoll mit ihm, erzählte ihm von seinen Erparnissen und holte auch das Geld heraus, um es dem Landmann zu zeigen. So gelang es ihm, daß auch der Landarbeiter keine ansehnlichen Erparnisse hervorholte. Der Galizier nahm die Banknoten in die Hand und erklärte, indem er sein Geld kappte, er werde beides in einen Briefumschlag legen und dem Landarbeiter in Verwahrung geben, da sie ja doch zusammen die Heimreise antreten. Damit war hier auch ein Ende, und der Galizier übergab ihm den angeketteten Briefumschlag, worauf sie sich beide am Hauptbahnhof begaben. Hier entfernte sich der Galizier angeblich um einen Augenblick, kehrte aber nicht mehr wieder. Dem Pächter dem Landarbeiter Bedacht auf was er öffnete den Briefumschlag. In seinem großen Schreck lag er über dem Geld herum. Der Landmann hatte aber schon mit dem Galizier gesprochen. Es gelang jedoch den Bewachungen der hiesigen Kriminalpolizei, ihn am Sonntag zu fassen und festzusetzen.

### Das Brausebad in der Scheiniger Vorstadt.

Die Scheiniger Vorstadt erhält an der Ecke Tiergartenstraße 1 und Marienstraße ein Brausebad, das wohl am besten ausgestattet sein dürfte. Dieses Brausebad enthält, was von den sozialdemokratischen Stadtverordneten angeregt wurde, auch Wannenbäder.

Der Neubau, der herstellt unter Dach steht, ist ein fünfgeschossiges Haus mit Mansardendach. Vom ersten bis zum vierten Stockwerk sind die Fenster von durchgehenden schmalen ein wenig hervorspringenden Pfeilern auseinandergelassen. Die Ecke des Gebäudes bildet einen elliptischen Vorbau, darunter ist mit vorspringender Bedachung die Hauptportal mit breiter Treppe gebildet. In diesem Vorbau ist das Treppenhäuschen ausgebildet. Die Treppe steigt wendelartig in die Höhe.

Das Grundrücken zum Brausebade war sehr schwierig. Es mußte gegen einen großen Grundwasserandrang gesichert werden; es war nötig, eine Eisenbetondecke einzulassen, die einen ganzen Meter stark ist. Die Kellermauern werden ebenfalls in Beton ausgeführt. Das Sockelgeschoss in der Nischentische ist mit Vorsetzstein angekleidet. Der übrige Aufbau besteht aus Backsteinen.

Im Kellergeschoss liegen die Heizräume und Kohlenlager. Das Erdgeschoss erhält eine Steuerkassette mit den erforderlichen Bureau und in einem Vorzimmer für die Steuerzahler. Im ersten Obergeschoss sind sechzehn Brausebäder und der Wannenraum, ferner ein Wartenraum. Die Bäder sind bis zu Mannshöhe mit Kacheln ausgelegt. Die Brausebäder erhalten eine Heizung, ein flaches Fußbad. Das erste Obergeschoss ist für Männer bestimmt, das zweite Obergeschoss gehört den Frauen. Auf der Seite nach der Tiergartenstraße zu liegen die Brause- und Wannenbäder, rechts auf der Seite nach der Marienstraße zu mit einem anderen Eingang ist ein Mutterheim mit seinem Esszimmer, der Küche und der Stube der Wirtschafterin. Auch das dritte Obergeschoss gehört dem Mutterheim. Hier liegen eine Schlafstube, Bad und Wirtschafterinstube. Das vierte Obergeschoss, das sich äußerlich in der Fassade über einem Gurtgesims ganz besonders abhebt, enthält die Wohnräume für Wannenmeister und Heizer und die Waschküche für das Mutterheim.

Die Ausführung des Baues liegt in den Händen der Firma Kreuz u. Podolski unter Leitung des Ingenieurs Flugosch.

Der entlassene Obergärtner. Wegen ungeschicklicher Entlassung klagte ein Obergärtner gegen eine Handlungsgärtnerei auf Zahlung einer bedeutenden Entschädigung. Der Obergärtner war gegen ein Monatsgehalt von 130 Mark angestellt. Er versah die Stelle der Obergärtnerei, wozu er als Betriebsleiter die schwebende Leitung zu beaufsichtigen habe. Es wurde in dieser Sache eine umfangreiche Beweisführung vorgenommen. Der Beklagte macht dem Obergärtner zum Vorwurf, daß durch seine Schuld eine Anzahl Holzgewächse ausgebrochen und eingezogen seien. Er hätte nicht dafür gesorgt, daß die Anlagen gehörig begossen und gepflegt wurden. Die Entlassung sei deshalb zu Recht geschehen. Dem Obergärtner wurde auch zur Last gelegt, er hätte mehreren Pflanzen die gelben, wie auch die grünen Blätter entzogen, wodurch die Stämme der Pflanzen beschädigt worden seien. Seine Sache wäre es gewesen, die Gärten anzuhalten, mehr auf dem Posten zu sein. Der Kläger bestritt alle diese Angaben. Er hätte keine Pflicht in diesem Maße getan, und wenn die Arbeiter seinen Anordnungen nicht nachkamen, so sei das außer seiner Schuld, denn ihm war nicht das Recht eingeräumt worden, die Leute zu entlassen. Er bemerkte noch, daß die Gärtnerei vierzehn Gehöftshäuser habe und er sich deshalb nicht um jede Kleinigkeit kümmern konnte. Der Vorliegende riet zu einem Vergleich der auch zu Stande kam. Der Obergärtner erhält als Abfindung 150 Mark.

Tödliche Gasvergiftung. Am Sonnabend mietete sich abends ein in den 50er Jahren stehender Mann im Hause Frankelplatz 3 ein möbliertes Zimmer, das er auch bald bezog. Deut vormittag gegen 7 1/2 Uhr merkte die Vermieterin, daß aus dem Zimmer ein starker Gasgeruch hervorströmte. Als auf mehrmaliges Rufen und Klopfen nicht geantwortet wurde, drang man gewaltsam ein. Der Mieter lag nun leblos im Bette. Das Zimmer war voll Gas gefüllt, denn die Gasöhne an der Lampe war an dem Kochherd stehen geblieben. Die herbeigerufenen Samariter der Feuerwehre stellten mit dem Sauerstoffapparat Wiederbelebungsversuche an; sie waren jedoch ohne Erfolg. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen. Wie aus den hinterlassenen Briefen hervorgeht, handelt es sich um den 55 Jahre alten früheren Vademecummeister und Hausbesitzer Reinhold Schneider, Klosterstraße 127. Der Mann ist verheiratet und Vater mehrerer erwachsener Kinder. Nach den hinterlassenen Briefen hat Liebeskummer den Mann in den Tod getrieben.

Eine Bande von Kollidischen festgenommen. Die Kollidische hatten in letzter Zeit so erdringend überhand genommen, daß kein Tag verging, an dem nicht ein oder mehrere Fälle zu verzeichnen gewesen wären. Trotz aller Anmahnungen in den Zeitungen und ungeachtet der Bemühungen der Polizei war dem Treiben der dreizehn Diebe nicht Einhalt zu tun. In der vergangenen Woche endlich konnte, wie uns gemeldet wird, die Kriminalpolizei eine ganze Diebesbande ermitteln und am Freitag und Sonnabend dingfest machen, die es besonders auf die Erbeutung von Bekleidungsgegenständen abgesehen hatte. Eine Menge von Paketen mit Kleider-, Fräulein-, Juwel- und Taschengeldstücken ist ihr zur Beute gefallen, die sie dann getadelt oder durch Mittelpersonen an den Mann zu bringen verstanden. Zu dieser Diebesgesellschaft gehörte der Gelegenheitsarbeiter Paul Mann, der Kellner Emil Reier, der Sigler Theodor Scholz und als vorläufig ermittelter Fehler der Handelsmann Mantke, der natürlich auch festgenommen worden ist. Schon bei der Vernehmung der einzelnen Festgenommenen ist es möglich gewesen, eine ganze Reihe von Diebstahlsfällen, die von der Bande ausgeführt wurden, festzustellen. Es ist jedoch zweifellos, daß noch weitere Fälle der Bande zur Last fallen. Besonders scheint die Liste der Personen, die den Dieben die Beute abgeliefert oder in Verhohlung genommen hat, noch nicht vollständig zu sein; da sich die Festgenommenen auf die fraglichen Namen noch nicht entsinnen können. Es ist deshalb allen den Leuten, die von den genannten Männern Ware gekauft, in Verhohlung oder Verwahrung genommen haben, dringend zu raten, sich unverzüglich im Polizeipräsidium, Zimmer 66, zu melden und damit den Verdacht der Fehlleistung von sich abzuwenden. Bereu sie sich zweifellos schuldig machen würden, wenn sie nach dieser öffentlichen Bekanntgabe schweigen wollten.

### Neueste Nachrichten.

Der Kardinal im Sterben.

Breslau, 2. März. Die „Schlesische Volkszeitung“ veröffentlicht über das Besuchen des Kardinals Ropp folgende Meldung:

Troppau, 2. März. Heute früh ist folgender ärztlicher Bericht ausgegeben worden: Nachdem die Besserung, die im Allgemeinen in den letzten Tagen eingetreten war, bis gestern angehalten hatte, trat mittags eine ernste Reizung der Gehirnhäute ein, die von hohem Fieber und Bewußtlosigkeit begleitet war. Gegen Abend hellte sich das Bewußtsein teilweise wieder auf. Es ist anzunehmen, daß es sich um einen akuten Entzündungszustand der Gehirnhäute handelt, ähnlich dem, der im rechten Auge aufgetreten war. Heute morgen war der Kardinal wieder nicht bei Bewußtsein, der Zustand ist sehr ernst.

### Zentrums-Protokollversammlung in Köln.

Köln, 2. März. Die von der Zentrumspartei einberufene Protokollversammlung, an der mehr als 4000 Personen teilnahmen, gestaltete sich zu einer großen Kundgebung gegen die Berliner Richtung. Nach mehreren Ansprachen gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der strenges Festhalten am Zentrum betont und dem Reichsausschuß für seine bekannte Kundgebung vom 8. Februar gedankt wird. Gegen alle Quartierüberwürde, wie es weiter heißt, vom katholischen Volke Deutschlands scharfster Protest erhoben. Schließlich werden alle Anhänger des Zentrums aufgefordert, die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu schützen.

### Die neue Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens.

Strasbourg, 2. März. Der neugegründeten Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens gingen bisher über 6000 Beitrittserklärungen zu. Die Liga beschloß, in Zukunft jede deutsche Zeitung, die unwahre Meldungen über Elsaß-Lothringer Verhältnisse veröffentlicht, vor den Strafrichter zu bringen. — Auch ein würdiges Geschäft.

### Brand im Vorwärts.

Berlin, 2. März. In der Druckerei unseres Berliner Parteiorgan „Vorwärts“ in Berlin brach am Sonnabend ein Brand aus, der eine Verletzung zur Folge hatte. Das Feuer konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden.

### Zwei schwere Autounfälle.

4 Tote — 5 Verletzte.

Breslau, 2. März. Vier ereignete sich gestern ein schweres Autounfallunglück, bei dem zwei Passanten des Automobils, die Direktoren Moll und Berchhaus den Tod fanden, während die Direktoren Bene und Kähler leicht verletzt wurden. Die Ursache des Unfalles ist ein Federbruch.

Worms, 2. März. Bei Rhein-Dürkheim verunglückte gestern abend das Automobil des Möbelhändlers Messer mit fünf Insassen. Der Besitzer des Automobils und sein ältestes Kind wurden getötet, seine Frau, der Chauffeur und das jüngere Kind schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Das Unglück ist auf einen Zusammenstoß mit einem Zuge der Kleinbahn Dürkheim-Rhein-Dürkheim zurückzuführen.

### Die Debrecziner Attentäter verhaftet.

Budapest, 2. März. Bei der hiesigen Polizei-Direktion ist von der Bukarester Polizei die Meldung eingetroffen, daß die beiden Attentäter, die den Bombenanschlag auf den griechisch-katholischen Bischof Miklosch verübt haben, bereits verhaftet werden konnten. Die Attentäter sind der gewesene, aus Bekaradien stammende Universitätslehrer Catharan, der seit einiger Zeit als Bogenschießer im Jhrus und in verschiedenen Varietees auftrat, der andere ist ein Matrose namens Teodoroff, ein gebürtiger Russe, der mit dem bekannten Wunderschiff „Potemkin“, das seinerzeit in Galatz gelandet war, nach Rumänien kam und sich seit dieser Zeit dort aufhielt. Er und Catharan hielten sich wenige Tage vor dem Attentat in der Diskowina auf, wo sie in Gesellschaft einer Frau gesehen wurden. Die Verhaftung erfolgte auf Grund der Personbeschreibung, die ein jüdischer Bauer Leopardenfell, das ein gewöhnliches Lammfell ist, lieferten. Der Häufere erkannte in den beiden Verhafteten ganz bestimmt die zwei Käufer des Felles.

### Blutige Schlägerei zwischen russischen und griechischen Matrosen.

Brest, 2. März. Eine blutige Schlägerei hat hier gestern zwischen griechischen Matrosen, die den aus Deutschland hier eingetroffenen griechischen Torpedobooten angehören, und Seebatalionen des russischen Kreuzers „Rositsa“ stattgefunden. Zwei Russen wurden durch Messerstücke schwer, verschiedene andere russische und griechische Matrosen leichter verletzt. Den Grund der Streitigkeiten bildet ein politisches Gepräch.

### Die Steuerunruhen in Spanien.

Madrid, 2. März. Die Kundgebungen gegen die Staatssteuern nehmen immer heftigere Formen an. Die gesamte Tätigkeit der Bevölkerung ist lahmgelegt. Die Nahrungsmittel sind knapp. Die Truppen haben wiederholt scharf geschossen, um die Auftritte auseinanderzutreiben. Eine Kommission von Geschäftsleuten ist hier angekommen, um mit der Regierung zu beraten. Die Regierung wird voraussichtlich die Eintreibung der neuen Steuern untersagen. Der schwere Konflikt ist der Regierung sehr, am Vorabend der Kammerwahlen, doppelt unerfreulich.

### Zwei Flieger tödlich abgestürzt.

Paris, 2. März. Auf dem Flugelde von Ambrieu stürzten gestern nachmittag, wie aus Lyon gemeldet wird, zwei Flieger, die Brüder Pierre und Gabriel Salvat, aus einer Höhe von 500 Metern ab. Beide waren sofort tot. Sie hatten Versuche mit einem neuartigen ganz aus Metall hergestellten Apparat gemacht. Offenbar hielten die Tragflächen dem starken Luftdruck nicht stand, und in 500 Meter Höhe brach der linke Flügel, wodurch der Absturz herbeigeführt wurde.

### Gestohlene Postfäde.

Paris, 2. März. Am Sonnabend wurden auf unaufgeklärte Weise aus einem Postwagen in der Mitte von Paris ein Postfach mit einer Anzahl Wertsendungen gestohlen. Den leeren Postfach hat man inzwischen in einem Vorort von Paris aufgefunden. Merkwürdigerweise fand man auch in einem anderen Vorort von Paris einen leeren Postfach. Es wird daher angenommen, daß zwei Postfächer gestohlen wurden. Die polizeilichen Nachforschungen werden eifrig betrieben.

### Ein deutscher Dampfer an der marokkanischen Küste gestrandet.

Gibraltar, 2. März. Der deutsche Dampfer „Sanibar“ ist in der Nähe der marokkanischen Küste gestrandet. Die spanische Flotte, bestehend aus vier Kreuzern und mehreren Torpedobooten, ist sofort zur Hilfeleistung für den deutschen Dampfer abgegangen. Die Flotte hat den Aufruf, den gestrandeten Dampfer gegen eventuelle Angriffe der marokkanischen Abzulen zu schützen.

### New York abermals von einem Dizard heimgeführt.

London, 2. März. Wie aus New York hierher gemeldet wird, ist gestern abend ein neuer furchtbarer Dizard über New York und Umgebung niedergegangen. Sämtliche telephonische und telegraphische Verbindungen in New York und den umliegenden Städten sind unterbrochen. Der angerichtete Schaden soll sehr bedeutend sein. Näheres Einzelheiten fehlen noch.

### Verurteilte Verführer.

Zolto, 2. März. Von 150 neuerdings wegen Verführung angeklagten Eingeborenen der Insel Formosa sind 60 mit Zwangsarbeit von fünf bis fünfzehn Jahren bestraft worden. Der Rädelsführer wurde zum Tode verurteilt.











## Deutscher Reichstag.

224. Sitzung, Sonnabend, den 28. Februar, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Brettenbach.  
Nach debattierender Erledigung der Rechnung über den Haushalt des Schutzgebietes Kautschuk für 1908 wird die zweite Beratung des

### Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen

vorgelegt.  
Abg. Dr. Weill (Soz.): Die positive Arbeit der Sozialdemokratie zeigt sich immer wieder deutlich an den Verbesserungen, die die Lage der Arbeiter erfährt. Dafür ist der Etat der Reichseisenbahnen ein deutliches Beispiel, und trotz aller Einwendungen von Herrn Jäger nimmt die Sozialdemokratie für sich das Verdienst in Anspruch, durch ihre ständige Kritik die Verbesserungen der Lebenslage und der Arbeitsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter herbeigeführt zu haben. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Diese Verbesserungen sind sicherlich ungenügend, aber was geschaffen ist, verdanken die Arbeiter dem energischen Vorgehen meiner Partei, nicht aber der dienstfertigen Unterwürfigkeit, die Herr Jäger und seine Freunde auszeichnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Die Betriebsicherheit im deutschen Eisenbahnwesen macht, wie wir gern anerkennen, dank den Bemühungen der Verwaltung große Fortschritte. Immerhin haben sich in letzter Zeit Unfälle ereignet, die die Frage nahelegen, ob nicht noch viel zu tun übrig bleibt. So bedarf namentlich die schwere Katastrophe der Unfallkatastrophe, der am 2. Januar ein Militärzug mit Weihnachtsurlaubern im Bahnhof Wotzky bei Metz zum Opfer gefallen ist. Sieben Soldaten verunglückten tödlich, sieben andere wurden schwer verletzt. Es fragt sich, ob in den Einrichtungen des Bahnhofes alles nötige getroffen ist, und ob in der Anstellung ortskundiger Lokomotivführer die Verwaltung sorgfältig genug vorgeht. Der Fall ist so schwer, daß wir vom Herrn Eisenbahnminister hier wohl Aufklärung erwarten dürfen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Minister v. Breitenbach: Ich muß mir bei der Erörterung dieses furchtbaren Unglücks große Reserve auferlegen, da die Untersuchung noch in vollem Gange ist. Es ist nicht richtig, daß der betreffende Führer unkundig war. — Erfreulich war es mir, daß der Abg. Weill anerkennt, daß unsere Eisenbahnen in Bezug auf die Betriebsicherheit an erster Stelle stehen. Das muß uns eine gewisse Veruhigung geben, wenn so schwere Unglücksfälle über uns hereinbrechen. — Die neue Lohnordnung ist in vollem Einklang mit der Verwaltung mit den Belegschaften, natürlich erstklassigen Arbeitern zustande gekommen.

Abg. Dr. Schatz (Elst): Ich möchte einige neue Zugverbindungen im Elbstal und bitte, für größere Sauberkeit auf den Nebenbahnen Sorge zu tragen.

Abg. Jäger (Nat.): Das Koalitionsrecht nehmen auch wir für die Staatsarbeiter in Anspruch, wir verzichten jedoch auf das Streikrecht. Daraus, daß die Eisenbahnen nicht stillgelegt, hat das ganze Volk Interesse. — Die von Herrn Schirmer vorgebrachten Organisationsstreitigkeiten gehören nicht hierher. — Die Sozialdemokraten haben bei den Eisenbahnen keinen Eingang gefunden. (Lärm b. d. Soz.: Das wissen Sie ja gar nicht!) Das beweisen die letzten Wahlen. (Heiterkeit b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte.  
Im außerordentlichen Etat beantragt die Budgetkommission den vierfachen Ausbau der Strecke Straßburg-Wasel und die Einstellung von 50 000 M. für Vorarbeiten zur Erschließung des Ries und der Harz.

Abg. Dr. Haegy (Elst) befürwortet einen Antrag, an Stelle des vierfachen Ausbaues der Strecke Straßburg-Wasel 100 000 M. zum Bau der Ries- und Harzbahn einzusetzen.

Minister Breitenbach bittet, dem Beschluß der Kommission zuzustimmen.

Abg. Humann (Elst) tritt für den Antrag Haegy ein.  
Die Abstimmung wird mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Hauses ausgefällt.

Es folgen die Einnahmen.

Abg. Dr. Weill (Soz.): Von der Lösung der Frage der Mosel- und Saarkanalisierung hängt die wirtschaftliche Entwicklung Elbstal-Lothringens ab. Nicht nur die Großindustrie, auch der Mittelstand und die Arbeiterklasse haben ein erhebliches Interesse an der Verwirklichung dieses Projekts. Es bezieht auch die Befürchtung, daß die Lebensmittelversorgung in ernten Zeiten ohne diese Kanalisierung außerordentlich schwierig ist; das zeigte sich auch schon bei der außerordentlichen Dürre des vergangenen Sommers. Das Bedürfnis eines engeren Verkehrsanschlusses an Preußen hat der Eisenbahnminister durch seine Verabschiebung der Tarife selbst anerkannt. Der Rheinhain ist ja auch gar nicht, wie ich schon hervorhob, Gegner der Mosel-Saarkanalisierung, Mitglieder des Verbandes für diese

Kanalisierung sind z. B. die Handelskammer von Bockum und Düssel-dorf, und die Jodge „Siberia“ (Hört, hört bei den Soz.), an der der preussische Fiskus doch stark beteiligt ist. Die Konkurrenz zwischen Wasserstraßen und Eisenbahnen ist ja nicht neu; aber man sollte doch einsehen, daß diese Konkurrenz nicht übertrieben werden darf, daß man die eine Art der Verkehrswege nicht hemmen darf zu Gunsten der anderen, sondern daß beide dem allgemeinen höheren Verkehrsinteresse dienen müssen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Boller (nat.): Die Abstimmung der Mosel-Saarkanalisierung hat nicht nur bedauerliche wirtschaftliche, sondern auch nationale Folgen. Für die Lebensmittelversorgung in den Gebieten der Mosel und Saar können im Kriegsfall die größten Notstände entstehen, wenn nur der Eisenbahnweg zur Verfügung steht. An einen erheblichen Ausfall der Bahneinnahmen aus dem Güterverkehr infolge der Kanalisierung glaube ich nicht, weil zahlreiche Niederlassungen in der dortigen Gegend die Folge der Kanalisierung sein werden. Die Erregung über die ablehnende Haltung der Regierung ist in den beteiligten Gebieten sehr groß. Die Bewegung ist so stark geworden, daß der Widerstand des Ministers mit der Zeit sicher nicht los sein wird. (Bravo bei den Nat.)

Minister v. Breitenbach: Die Kanalisierung der Mosel und Saar kann zurzeit nicht in Aussicht genommen werden, weil die Abwanderung vom Ruhrgebiet zu groß werden würde. Die Handelskammer, die die Kanalisierung verlangen, vertreten in diesem Falle mehr die Interessen des Handels, als der Industrie. Wenn unter größtes Industriegebiet gegen diese Maßnahme entschieden ausspricht, kann die preussische Regierung der Kanalisierung nicht zustimmen, und für sie noch die erheblichen Opfer des Ausfalls an Einnahmen aus dem Güterverkehr bringen. Die angeführten militärischen Gründe werden vom Generalfeldmarschall für nicht stichhaltig erklärt, er legt den größeren Wert auf den Ausbau der Eisenbahnstrecken dieses Gebietes. Das in Frankreich große Projekt schweben, ist ja richtig, aber zur Zeit haben sie nicht Aussicht auf Verwirklichung.

Ein elbstal-Lothringischer Bundesratsbevollmächtigter: In dieser Frage bezieht sich ein Gegensatz zwischen der preussischen Regierung und der kaiserlichen Regierung in Elbstal-Lothringen. Jede Regierung unseres Landes muß für die Kanalisierung der Mosel eintreten, weil die natürlichen Verhältnisse des Landes das verlangen. Aber ich erkenne an, daß Preußen große Opfer bringen müßte für diese Kanalisierung. Trotzdem hoffen wir, daß Preußen seinem alten Grundsatze noblesse oblige (Aber leant Pflichten auf) auch in diesem Falle treu bleiben wird. (Lachen bei den Soz.) Hier liegt ein mal der Fall vor, wo ganz wünschenswert, ist ja richtig, aber zur Zeit haben sie nicht Aussicht auf Verwirklichung.

Abg. Gohmann (Str.) tritt aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen für die Mosel- und Saarkanalisierung ein.  
Abg. Dertel (Nat.): Der elbstalische Bundesratsbevollmächtigte appelliert an das noblesse oblige Preußens. So etwas braucht man nicht erst zu sagen. Ebenso bedauerlich ist seine Aeußerung von der dargebotenen Hand. Es handelt sich hier lediglich um die sachliche Abwägung verschiedener wirtschaftlicher Interessen, und da sind die von dem Minister angeführten Gründe für mich überzeugend und entscheidend.

Abg. Schatz (Elst) tritt nochmals dafür ein, daß die Befürchtungen für das rheinisch-westfälische Industriegebiet unbegründet sind.  
Abg. Ledebour (Soz.): Herr Dertel spielte sich hier als Praeceptor germaniae (Lehrer Deutschlands) auf. Dieselbe Szene erlebten wir vor einigen Tagen in der Budgetkommission, wo er verfuhr, in derselben Weise wie heute dem Vertreter Elbstal-Lothringens im Bundesrat, dem Staatssekretär Dr. Solf, den Zylinderhut aufzubügeln. (Heiterkeit.) Herr Dertel, der Vertreter eines preussischen Reichsteiles, stellt dem rheinischen Partikularismus über die weiße Weste seiner nationalen Gesinnung, früher, als er noch lässlicher Partikularist war, was ja wohl grün. (Heiterkeit.) Herrn Dertels Belehrung war darauf berechnet, den Herren höheren und allerhöchsten Ortes eine schwarze Note zu geben. Offenlich bleibt diese Belehrung auf das künftige Wohlverhalten des Herrn ohne Einfluß. — Der Vertreter der preussischen Regierung hat sich die größte Mühe gegeben, um davon zu überzeugen, daß die preussische Regierung sich auf die Mosel- und Saarkanalisierung wegen der angeblichen Schädigung der Industrie am Rheinhain nicht einlassen könne. Aber der frühere Widerstand der Vertreter dieser Industrie ist in hohem Maße geschwunden. Der einzige ernsthafte Widerstand gegen diese notwendige Verkehrsverrichtung ist der preussische Partikularismus der preussischen Regierung. Wenn es sich um fremde Weltteile handelt, fügen die Vertreter dieser selben Regierung Argumente für die Hebung des Verkehrs zu Wasser und zu Lande ins Feld, hier aber, wo ein wichtiges Ergebnis für das ganze Reich nutzbar gemacht werden kann, tritt dieser engherzige Partikularismus zu Tage. (Sehr wahr bei den Soz.)

Die Debatte schließt. Die Einnahmen werden bewilligt.

Die Petitionen verschiedener Arbeiterverbände, die Vorschläge zur Besserung der Lage und Hebung der Eisenbahnarbeiter enthalten,

beantragt die Kommission, der Regierung als Material zu überweisen.  
Abg. Fuchs (Soz.) begründet einen Antrag, diese Petitionen dem Reichstanzler teilweise zur Veranschaulichung, teilweise zur Er-läuterung zu überweisen.

Die Abstimmung wird ausgefällt.  
Hierauf verliert sich das Haus auf Montag 2 Uhr (Petitionen, Beschlüsse, Rechnungsabrechnung, Etat der Reichspost mit dem Postgesetzgesetz).  
Schluß 4 1/2 Uhr.

## Preussisches Abgeordnetenhaus.

38. Sitzung, Sonnabend, den 28. Februar 1914.

Am Ministertisch: Unterstaatssekretär Coels van der Bruggen.

### Der Baucrat.

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.) fordert Erleichterung des Schleusenbetriebes für die Binnenschiffer, damit sie dazu nicht erst weite Wege machen müssen. Wenn bei den Schleusen gewisse Bedingungen (Lauchschleuse usw.) vorgeschrieben sind, so sollen die Schleusenmeister dies den Schiffern mitteilen. Es müssen auch genaue Pläne für die wartenden Rähne angebracht werden. Die Leute können doch nicht die Pläne selbst mitbringen und einschlagen. Die Bezeichnung von Schiffsrührern dauere oft viel zu lange und das hindere dann die Schiffer in ihrem Gewerbe. Die Kosten solcher Verkehrsverrichtungen fordert man von den Schiffern Beiträge. Mit welchem Recht denn? Die Strombauverwaltung ist doch verpflichtet, die Schiffahrt zu ermöglichen, sonst wäre sie doch schadenfahrlässig! In Bezug auf das Vorrecht der Schleusenbesitzer bestehen große Mängel und alle Beschwerden scheinen fruchtlos zu sein. Es wird da in ganz eklatanter Weise gegen die Bestimmungen gehandelt und es zeigt sich da ein Bestechungsweien, oder mindestens eine Ungleichheit des Beamten gegen Gefälligkeiten der Großfirmen. Solche Fälle werden z. B. aus Breslau mitgeteilt, wo die große Firma Friedländer bevorzugt wurde. Man kann hier von einer Korruption durch das Großkapital auch hier sprechen. Ich glaube, die von mir vorgebrachten Mängel sind erst genau, um die Regierung zur Abhilfe zu veranlassen. (Bravo! bei den Soz.)

Unterstaatssekretär Coels van der Bruggen erklärt, daß stets ohne Anlehen der Person vorgegangen werde; es gingen auch keine Reklamationen ein.

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.): Das beweist nicht, daß keine Mängel vorhanden wären, denn die Schiffer fürchten die Folgen von Reklamationen.

Abg. Dr. Hahn (Nat.) erhebt Vorwürfe gegen die harr-burgische Wasserbauverwaltung, die zirkonischen die preussische Fischerei schädige.

Zur Beratung steht ein von allen bürgerlichen Parteien unterstützter Antrag, der eine Erweiterung der bestehenden unzureichenden Fischerei-Pachtstellen am Fischereihafen See st. m. u. d. e. fordert.

Abg. Dr. Hahn (Nat.): Ich bin nie für einen Verzehrungs-zoll und habe den Fischzoll nur als Schutz Zoll für die Fischerei gefordert. Alle Parteien haben diesen Antrag unterzeichnet, nur die Sozialdemokraten sind nicht getraut worden. Zwischen Gesellschaft und Leibe herrscht ein Konkurrenzkampf und ich bewundere den Abg. Hahnmann, der beider Interessen vertritt.

Abg. Hahnmann (Nat.) spricht auch für den Antrag.  
Unterstaatssekretär Coels: Ein Postland ist nicht vorhanden. Die Regierung wird helfen, wenn es nötig ist. Öffentlich macht der Hochseefischereiverein Propaganda für die ganze deutsche Fischerei, nicht nur für die Hamburgische.

Abg. H. Hoffmann (Soz.): Wir stimmen für diesen Antrag, der uns nicht vorgelegt worden ist, der aber vernünftig ist. Legen Sie öfter so etwas Vernünftiges vor, dann werden Sie öfter unsere Zustimmung erhalten. Einen Fischzoll lehnen wir natürlich ab, aber wir fordern Förderung der Fischerei, nicht nur in Oestermünde, sondern auch überall und nicht nur für die großen, sondern auch für die kleinen Fischer, denn der Seefisch ist ein wichtiges Nahrungsmittel und muß verbilligt werden.

Abg. Dr. Hahn (Nat.): Herr Hoffmann kann nur die Vernünftigkeit unserer sonstigen Anträge nicht einsehen. Er sollte seinen Gefassen übrigens mitteilen, daß ich nicht für höheren Perinazoll bin, sondern nur dagegen, daß Salzheringe als grüne Heringe eingeführt werden können. Wenn wir überall die Produktion unterstützen wollten, hätten wir so viele Steuer-gelder nötig, daß ich gern Herrn Hoffmann dann sehen würde! Ich schätze ihn übrigens hoch — er könnte was für die Mün-chener „Fliegenden“ leisten.

## Aus aller Welt.

### Eisenbahners Ende.

Fünf Arbeiter vom Zuge erschlagen und getötet.

Auf dem Bahnhof Magdeburg-Neustadt war am Sonnabend früh eine Abteilung von 25 Arbeitern des Stein-schneiders Schmidt unter Aufsicht des Kottenführers Herß aus Neustadt mit einer Rebellengruppe beschäftigt, als ein Zug aus Berlin heranbraute. Der Führer Herß vergaß wohl die Arbeiter auf das Herannahen des Zuges auf-merksam zu machen, so daß sie nicht zur Seite traten. Der Zug fuhr mit voller Kraft in die Arbeiter-gruppe hinein; Herß und vier andere Arbeiter wurden auf der Stelle getötet.

Die Namen der Getöteten sind:

- Herß - Magdeburg-Neustadt,
- Fischer - Kolbitz,
- Schliephake - Jellitz
- Klausniger - Jellitz und
- Böge - Kolbitz.

Die übrigen Arbeiter konnten sich fast sämtlich in Sicherheit bringen, nur einige haben bedeutende Verletzungen erlitten.

Noch ein Zug in Arbeiter hineingefahren.

Ein ähnliches Unglück hat sich am Sonnabend in Maubeuge im nördlichen Frankreich zugezogen. Dort wurden drei Eisenbahnarbeiter infolge herrschender Nebels von einem Güterzug überfahren und getötet.

### Zwei Frauenmorde im Potsdamer Forst.

Die Frau des Wärtlers Witt und die Frau des Arbeiters Schwarz aus Maunawes begaben sich mit einem kleinen Schwarm an Freitag in den Potsdamer Forst, um Holz zu sammeln. Als abends die Gendarmen die Frauen vergeblich erwarteten, wurde der Forst mit Unterstützung einiger Männer abgesehen. Die Streife war erfolglos. Erst Sonnabend gegen Mittag wurden die Frauen tot mit Kratzwunden im Gesicht und mit eingeschlagenem Schädel in der

Nähe des Teufelsees bei Potsdam aufgefunden. Die Tat war mit einem dicken Kiefernast im Anschluß an ein Sitt-lichkeitsverbrechen begangen. Sinterher ist den Frauen noch ihre geringe Barschaft geraubt worden. Von den Mördern hat man keine Spur. Das Aufsehen von Polizeihunden hatte keinen Erfolg. Der Staatsanwalt hat für die Ermittlung des oder der Täter bei dem Doppelmord im Potsdamer Forst eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

### Der weiße Tod.

Am Sonntag ereignete sich ein schweres Touristen-unglück. Am Morgen brachen 5 Touristen in Begleitung eines Führers aus Lausanne auf, in der Absicht, den 3350 Meter hohen Rosa Blanche zu erklimmen. Sie marschierten in zwei Abteilungen zu drei Personen. In einer Höhe von 1500 Metern löste sich plötzlich eine gewaltige Lawine los und riß die eine Gruppe, die aus einem Architekten, einem Schloffer und einem Bureauchef bestand, in die Tiefe. Das Unglück spielte sich gegen 11 Uhr vormittags ab. Die Leichen des Schloffers und des Architekten sind gefunden, die dritte wurde noch nicht ausgegraben. Alle drei waren Familienväter. Die andere Touristen-gruppe kam ohne Unfall davon.

### Krankenhausvorsteherin verhindert aus Brüderer ärztliche Hilfe.

Ein Todesfall infolge der Verhinderung einer Operation durch die Oberin (N) des Krankenhauses in Weinheim (München) erregt großes Aufsehen. Ein zweijähriges Mädchen namens Kaiser war wegen schwerer Diphtheritis von zwei Ärzten in das Krankenhaus zur Operation gebracht worden, weil ein anderes Operationslokal nicht zur Verfügung stand. Die Oberin verweigerte dem Arzt aber den Eintritt in den Saal, weil Frauen darin seien, und beharrte auch auf ihrer Weigerung, als die Ärzte auf die Dringlichkeit des Falles hinwiesen und erklärten, daß das Kind erstarbe, wenn die Operation nicht sofort gemacht werde. Das Kind starb in einer halben Stunde. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet und Anordnungen getroffen, um eine Wiederholung dieses Mangels zu vermeiden.

### Ein Opfer der Wissenschaft.

Einem unglücklichen Versehen ist in Kalkutta der australische Gelehrte Dr. Fox, Erfinder eines Antitoxins gegen Schlangenbisse, zum Opfer gefallen. Fox, der sich schon öfter von Giftschlangen hatte beißen lassen, um den Erfolg seines Mittels zu demonstrieren, ließ sich bei einer praktischen Vorführung seines Antitoxins am Sonnabendvormittag im Zoologischen Garten in Kalkutta von einer Giftschlange an fünf Stellen ins Handgelenk beißen. Vier Wis-tellen behandelte Fox mit seinem Gegenstoff, über sah aber die fünfte. Am späten Nachmittag zeigten sich die Vergiftungs-erscheinungen; als man die fünfte Bissstelle entdeckte, war es zu spät; Fox starb, da das Antitoxin nur wirkt, wenn es unmittelbar nach dem Biss angewandt wird.

Eine Million geraubt. Aus einem Postwagen, der in Paris den Geldverkehr mit Bankinstituten vermittelt, wurden am Sonnabend morgen Werte in Höhe von über eine Million Franz geraubt. Der Diebstahl wurde im Zentrum von Paris von einer vollkommen organisierten Bande ausgeführt, die ihren Anschlag von langer Hand vorbereitet hatte. Der Postbeamte, der die Wertgegenstände für die Banken austrägt, hatte bereits mehrere Briefe verteilt, als er bei seiner Ankunft in der Rue Chauchat bemerkte, daß ein an Wechselagenten aussehender Heiner Sac, der Werte von über einer Million enthielt, aus dem Postautomobil ver-schwunden war. Die Uebeltäter mußten den Augenblick benutzen haben, in dem der Wagenführer, der nach der Vorchrift den Wagen in Abwesenheit des austragenden Postboten zu über-wachen hat, einen anderen Sac bis zu dem Fenster einer Bank getragen hatte.

Noch ein Opfer der Kummelsburger Explosionskatastrophe. Das Explosionsunglück in der Anilinfabrik in Kummelsburg hat ein weiteres Todesopfer gefordert. In dem Kranken-hause ist auch der Schlossermeister Wotke aus Wachenberg seinen Verletzungen erlegen. Somit hat die Katastrophe 11 Opfer gefordert. Rünf der Getöteten wurden am Sonntag zusammen in einem gemeinschaftlichen Grabe in Wachenberg be-erdigt. Zu der Beerdigung hatten sich viele Tausende Menschen eingefunden.

Ein Zug mit 16 Passagieren. Eine kleine unerreichte Seilbahn gelang in Petersburg dem russischen Flieger G. G. G. Er flog 18 Minuten mit 16 Passa-gieren und einem Hund auf einem Seilzug über den Neva, wobei er eine Höhe von 400 Metern erreichte. Die Befahrung betrug 1000 Rubel ohne Vergütung und



Abg. Dr. Hoffmann (Soz.): Herr Dahn hat wohl schon eine feste Position bei den Wählern „Frieden“ (Friederich). Und wenn er fragt, was ich in Produktionsunterstützungen sagen würde, so sage ich: Schaffen Sie die Liebesgaben ab und verpacken Sie auf die Kalligelder, dann haben wir gleich eine Menge Geld! (Sehr gut links.)

Abg. Dr. Dahn (Konf.): Die Liebesgaben sind ja schon abgeschafft!

Der Antrag wird erledigt.  
Das Gesetz betr. Eingehung staatlicher Schiffsfahrtsabgaben durch Gemeinde und Private, will erreichen, daß die Schiffer nicht nur an den Schleusen, sondern bei schleusenlosen Wasserstraßen auch an den Ein- und Ausläufern abgefertigt werden können.

Abg. v. Voos (Konf.) zieht dem Gesetzentwurf im wesentlichen zustimmend gegenüber und beantragt Kommissionsberatung.

Die Abgeordneten Schmieding (Zentr.), Pippmann-Stellin (Volksp.) und Schröder-Cassel (Natf.) geben ebenfalls zustimmende Erklärungen zu dem Gesetzentwurf ab.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Die Abgaben müssen möglichst niedrig sein. Im wesentlichen stimmen wir dem Entwurfe zu, vor allem da wir wünschen, daß die preussischen Wasserstraßen von den gleichen Bestimmungen getroffen werden, wie diejenigen Wasserstraßen, die dem Reichsgebiet unterworfen sind. Damit schließt die Debatte.

Der Gesetzentwurf wird an die zu bildende Kommunalabgabekommission überwiesen.

### Das Ausgrabungsgesetz.

#### 1. Lesung.

Kultusminister von Trott zu Solz begründet das bereits in der vorigen Session beraten und nunmehr auch schon vom Herrenhaus erledigte Gesetz. Er bemerkt, daß er auf Grund der bei der vorjährigen Beratung hier aufgetretenen Bedenken einige Beschränkungen der Angelegenheit von Funden hat einbringen lassen. Baldige Verabschiedung des Gesetzes ist nötig, denn sonst gehen uns viele wertvolle Funde durch Raubbau verloren. (Beifall.)

Abg. Pippmann (Vpl.): Das Gesetz haben wir jetzt fast einstimmig angenommen, können es also rasch erledigen, umso mehr, als das Bekanntwerden dieses gesetzgeberischen Planes den Raubbau und die Ausfuhr von Bodenschätzen fördern wird, um die Frist bis zum Inkrafttreten auszunutzen. Nehmen wir das Gesetz ohne weiteres an. (Beifall links.)

Abg. Wehmer (Konf.) spricht sich gleichfalls für das Gesetz aus, ebenso Abg. Schreiner (Zentrum) trotz einiger Bedenken und Abg. Dr. Gottschalk (Natf.).

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Das das vorliegende Gesetz einem allgemeinen Bedürfnis entspricht, darüber sind wir wohl alle einig. Daß die Verzögerung, dessen Ursache es geworden ist, ein schwerer Nachteil ist, hat auch der Minister zugegeben. Deshalb ist es wichtig, endlich energisch vorzugehen. (Sehr wahr! v. d. Soz.)

Das Gesetz genügt durchaus nicht allen berechtigten Anforderungen. § 6 verpflichtet den Finder und Besitzer nur, den Gegenstand in ursprünglicher Form zu erhalten, soweit das ohne erheblichen Nachteil oder Kosten möglich ist. Das ist zu wenig. Wer ein solches nationales Besitztum aufbewahren hat, dem sind Pflichten aufzuerlegen. Auch sonst äußert der Redner Bedenken gegen einzelne Paragraphen, so dagegen, daß auf Besitztümern des Herrenhauses naturwissenschaftliche Funde des Schutzes entbehren werden. Nur besteht die Gefahr, daß, wenn wir das Gesetz ändern, das Herrenhaus es in seinem kulturfeindlichen Geiste aus Scheitern läßt. Darum beantragen wir Kommissionsberatung nicht. (Bravo! v. d. Soz.)

Das Gesetz, welches das Moorhühnergesetz auf Rommern und Schleswig-Vollstein ausdehnt, wird ohne Debatte angenommen.

### kleinere Etats.

Bei der Münzverwaltung tabelt  
Abg. Einz (Ztr.): Das Aussehen der preussischen Münzen, namentlich den unästhetischen Charakter der Jubiläumstaler. Ein Regierungskommissar will über den Geschmack nicht streiten und meint, Herr Einz hätte nicht so scharf angreifen müssen. (Abg. Dr. Hoffmann (zum Abg. Einz): Warum haben Sie nicht vorher um Erlaubnis gefragt? — Dit.)

Abg. Wendlandt (Natf.) wünscht, daß die 5-Mark- und die 25-Pf.-Stücke, die sich soziale Blüten geben, fallen gelassen werden! Und die Jubiläumstaler sehen aus wie Kinderpielzeug! Durch die Münzen soll dem Volk die Kunst nahegebracht werden. Vielleicht veranlaßt man ein Preisauschreiben.

Abg. Dr. Ehlers (Vp.) freut sich, daß jetzt nicht mehr von der Währungsfrage geredet wird und daß die großen 100-Mark-Scheine auf den Aussterberstisch gelegt sind. Es sollten mehr 10-Mark-Stücke kurlieren.

Abg. Einz (Zentr.): Vielleicht gestattet mir der Herr Kommissar nun doch eine sachliche Kritik, ohne daß er mir persönlich entgegentritt. (Beifall links und im Zentr.) Ich lehne seinen Ton ab und verziehe deshalb darauf, ihm zu erwidern. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Unzere Münzen entsprechen der Siegesallee, die ausländischen sind überall schöner. Niemand fordert eine Schönheit, die der Zweckmäßigkeit widerspricht. — Warum haben die süddeutschen Banknoten in Preußen keinen Kurswert? Das ist eine Blamage für die sogen. deutsche Einigkeit. (Zustimmung links.)

Damit schließt die Besprechung.  
Das Haus vertagt sich.  
Montag 11 Uhr: Kommunalabgabengesetz.  
Schluß 1/4 Uhr.

## Schlesien und Posen.

### Aus der furchtbaren Militärtragödie zu Reize

Die bekanntlich mit dem freiwilligen Tode der beiden Generäle ihren vorläufigen Abschluß fand, findet allmählich schon etwas durch, was unsere zuerst ausgesprochenen Vermutungen bestätigt. So schreibt ein P. A. in der Breslauer Zeitung:

Ein in der Geschichte des preussischen Militärs unerhörtes Fall hat sich, wie berichtet, in der obersteirischen Garnisonstadt Reize ereignet. Ein früher höchster Militärgeheimrat, der am 24. Infanteriebrigade, Generalmajor Voß, ist von zwei gemeinen Soldaten niedergeschlagen, tödlich verwundet und nicht mehr lebend verpackt worden. Die Täter, des Kommandos eigene Burden, haben in dem Glauben, ihren hohen Vorgesetzten erschlagen zu haben, und führten durch ihren furchtbaren Mord über den Tod hinaus. Vom Generalkommando über den militärischen Stand, die es angeht, wurde ein in der letzten Stunde gegebener Bericht über den Mord der Offiziere übergeben: Die beiden Burden haben den General überfallen, mit Beil und Seitengewehr niedergewacht und haben sich darauf von der Eisenbahn überfahren lassen. — In dem offiziellen Bericht heißt es weiter: Er ging, sie zu töten, und wurde heimgesucht. Zwischen dem Wenden und dem Wehrer oder Krast eine Lücke. Hier hörte unser Vernehmen auf. Etwas Ungeheuerliches, noch nicht Dagewesenes wird hier mit einem niedrigen Soldaten abgetan: das Ungeheuerliche des Handgeißelndens zweier preussischen Soldaten gegenüber einem preussischen General. Wir wissen, wie gar nicht zu beschreibende Ereignisse der brave preussische Soldat vor dem Offizier zu sich trägt. Man könnte fast sagen, jedem Preußen ist die ehrenhaftig-bewundernde Seiten vor dem Offizier angelehnt, und beim Militär wird diese seitliche Eigenhaft noch mehr. Der General soll es für ihn, wie für den frommen Kavalier das Lobwort, ein noch nie langere. Wo aber gibt es denn einen frommen Katholiken in Preußen, der froh das Mordverbrechen begeht? Wo gibt es einen preussischen Soldaten, der gegen seinen General die Hand erhebt?

Die beiden Burden waren frommer Leute. Sie waren selbst brave Soldaten, treu, jederzeit hilfsbereit, tadellos in der Führung im Dienste. Wie hätte es auch anders sein können? Offiziersburden werden nur Leute mit tadelloser Führung. Jede Kompanie stellt drei ihrer besten Mannschaften für den Burdenposten. Diese ausgewählten, absolut zuverlässigen Soldaten werden nun nochmals durchgesehen für den Burdenposten bei den hohen Offizieren. Die Burden des Generals Voß werden nicht minder einwandfrei gewesen sein, wie die besten des ganzen Regiments. Zudem erklärten ihre Kameraden, die Leute, mit welchen sie Umgang pflegten, daß sie „nicht in der Lage waren, es zu erliegen ein Leid anzunehmen“. Der General selbst beweist durch den Umstand, daß er sie zu seinen Burden macht, nur die Tatsache, daß er sie für brave Leute hält. Und nun kommt die Tat, kommt der offizielle Bericht, der es so hinstellt, als ob die Burden, vom General zum Dienst gewählt, darüber vermehren ungenügend werden, daß sie auf den General mit Beil und Säbel einhauen. Es ist da etwas, das nicht stimmt, etwas, das sich unser Verstand nicht erklären kann. Wir suchen nach Gründen, nach Motiven, die diese Menscheninder zu der Tat veranlaßt haben; wir halten dabei die Tatsachen und die uns bekannt gewordenen Umstände und Verhältnisse zusammen und kommen so zu dem Schluß, daß es schon etwas Ungeheuerliches sein muß, was solche brave Leute, wie es die beiden Generalsburden nach Ansicht der eigenen Vorgesetzten waren, zu einer für sie so furchtbaren Tat treiben konnte, zu der Tat, das Allerheiligste eines jeden Soldaten, den Offiziersstab, zu beschänden, zu beschänden; daß es schon etwas Unerhörtes sein muß, wenn zwei bis dahin brave, fromme Bauernsöhne sich in brutaler Weise an dem General vergreifen.

Hier aber sind wir nur auf die Erzählungen einiger, nicht gerade direkt Beteiligten angewiesen, aber doch solcher, die in nächster Nähe des Tatortes leben, das Milieu und die handelnden Personen kennen.

Der General ist ein Vorgesetzter, „mit dem es sich noch auskommen lasse“, sagen die Burden, die früher bei ihm waren, von ihm. Er ist gutdoctormäßig, höflich, von gewöhnlicher Freundlichkeit gegen arme Hausmitbewohner. Im Hofe jedoch hört man ihn oft recht rauh mit den Burden sprechen. Er hat eine junge Frau, etwa zwanzig Jahre jünger als er, die er vergöttert. Man würde von ihm sagen, daß er ihre jeden Wunsch erfüllt, bevor sie ihn noch ausgesprochen hat. Die Generalin hat nun ein Kammermädchen, das, ohne daß er die Generalin merkt, seine Wünsche bei ihr fast ausnahmslos in die Wirklichkeit umzusetzen versteht. So erfüllt der General indirekt oft nur die Wünsche der Jofe. Der Jofe sind die Generalsburden ein fester Stein des Anstoßes. Sie, nicht die Kammerfrau des Generals, ist schuld daran, daß die Burden — ebenso wie das übrige Hauspersonal — fast zu jedem Monatsersten wegschickeln. Sie stimmt Klänge, sie liegt ewig der Generalin in den Ohren wegen dieses „faulen Gefindels“, sie hinterbringt es ihrer Herrin, wenn die Burden mal über den Zapfenstich ausbleiben — mit der bösen Andeutung, daß, wenn die Jofe so kommt, dann doch am nächsten Tage nicht ordentlich ausgehauen, gereinigt und gewaschen werde.“

Vergangenen Sonntag gab's wieder große Gesellschaft im Hause des Generals. Als gegen 1 Uhr nachts die letzten Gäste das Haus verlassen hatten, setzte das Kammermädchen es durch, daß die müde gehetzten Burden noch in der Nacht an das Reinigen der Zimmer gehen mußten. Nächsten Tag lagte sie der Generalin vor, mit welcher mangelnden Aufmerksamkeit die Burden gearbeitet hätten. Die Generalin gab's dem Gemahl weiter, und — so erzählt man sich's wenigstens — dieser ließ die Burden rufen und soll ihnen die jämmerlichen Lohn-gelder, die sie nach der Festlichkeit am Samstagabend eingenommen hatten, abgenommen und dem ihnen feindseligen Kammermädchen übergeben haben. Wahrscheinlich haben nun die Burden aus Mangel darüber sich am selben Tage angegründet — jedenfalls blieben sie über die Urlaubsstunde weg, was der General wieder durch die Vermittlung der Jofe erfuhr. Anher einer sehr bösen Strafpunkte gab's auch eine Arreststrafe für die beiden Burden. Zu allem Unheil soll der alte Militär auch noch dem Vorstöße seiner Gattin, die Burden früh um 5 Uhr bei sich antreten zu lassen, um zu sehen, ob sie sich ausgehauen und nicht wieder gebummelt hätten, gefolgt sein. Dienstag morgen verschleifte sie die Verfügung des Generals, sich um 5 Uhr bei ihm einzufinden. Die Jofe bot, daß die Burden nicht kämen. Sie wird hienau geschickt und erhält die Antwort, daß beide gleich erscheinen würden. Sie kommen aber nicht, sind vermutlich nochmals eingesperrt. Die Jofe findet sie bei abendlichem Herankommen halb angekleidet auf dem Bett schlafend. Schwärzstrich hinterbringt sie dem General, der sich nur — wie erzählt wird — mit der Reittpeitsche bewußt, heraufbeißt. Ihm folgt das Mädchen mit einer Spanne eiskalten Wassers, das sich alsbald über die Schläfer ergießt, sie raus und jah aus dem Schlafzimmer rufend. Elger wird der General die Reittpeitsche nur, um seinen Worten, seiner Haltung mehr Nachdruck zu geben, mitgerufen haben; es ist wohl kaum anzunehmen, daß er sie mit der Peitsche, als Nichtigungsinstrument zu gebrauchen, an sich nahm. Wie mochte es den beiden Soldaten zuzumute sein in dem Augenblick, als sie, mit eiskaltem Wasser übergossen, in notdürftiger Kleidung, das böhmisch lächelnde Gesicht ihrer Feindin und den grimmig mit der Peitsche drohenden Vorgesetzten vor sich sahen, als ihnen noch einmal blühend alle früheren Verwechslungen durchs Hirn juckten? Und ihre bis dahin zurückgebliebenen bösen Instände wickeln sich, losgerissen, nun vollständig aus. Als der überfallene General wiederum zusammenbrach, regungslos liegen blieb, als gelend durch die Stockwerke das Sitzeisener der Jofe hallte, da fühlten sie nur noch Angst, nur noch zitternde Furcht. Und diese Furcht trieb sie in die Hände. Polzeigende, die man eine Stunde später auf ihre Spur setzte, verlagten. Sie selbst aber legten sich eine härtere Strafe auf, als je ein Richter über sie hätte verhängen können. Sie wußten, daß man ihnen nicht glauben werde, wenn sie behauptet hätten, daß sie in einer Art Todesangst nachhinken nach A. B. W. H. M. A. P. E. G. L. A. S. und da sie das wußten, so gingen sie lieber in den Tod, um so noch zuletzt den Beweis zu erbringen, daß sie keine von Haus aus verbrecherisch veranlagten Naturen waren, sondern daß sie lieber sterben, als erlebende Strafen für ihre unheilvolle, überaus Tat erleiden wollten.“

Sonderbar bleibt es gerade nach dieser Schilderung, daß sich die beiden Burden auf den General stürzten, der doch ein wohlwollender Vorgesetzter gewesen sein soll. Menschlich begreiflicher wäre es, wenn sie sich die Jofe, die doch an allem schuld sein soll, dazu ansetzen hätten. Hier stimmt auch noch etwas nicht.

Stobran, (Kreis Brieg) 2. März. Tödlicher Unfall. Das etwa 10-jährige Töchterchen des Gutsbesizers Frenzel rannte so heftig gegen eine Wagendeckel im väterlichen Gehöft, daß es schwere innere Verletzungen erlitt. Im Brieger Marien-Hospital, wohin das Kind geschafft wurde, verstarb es am Freitag.

Schweidnitz, 2. März. Verhaftung eines Missetätigen. Wegen Eithilflichkeitsverbrechen verhaftet wurde der Bahnwärter Friemer aus Worgonie. Es handelt sich um eine außerordentlich große Anzahl von Fällen, in denen Friemer die Verbrechen an schulpflichtigen Mädchen verübte.

Im Morast erstickt. Auf dem Wege nach Hause kam der Hausbesitzer B. S. aus Tannenberg auf eigenartige Weise ums Leben. Er war mit dem Rucksack der Gehirnsbahn bis nach Weigelsdorf gefahren und wollte von dort den Heimweg antreten. In der Dunkelheit stürzte er jedoch und blieb, da er infolge eines Beinleidens sich nicht mehr zu erheben

vermochte, auf dem vom Tauwetter aufgeweichten Wege liegen. Erst früh wurde er von Postbeamten als Leiche aufgefunden. Er lag mit dem Gesicht in den Strahlen schmutzig eingewickelt, so daß er im Morast erstickte.

Neurobe, 2. März. Rettung in der letzten Minute. In der Wohnung des Handelsmannes Lengsfeld in der Kohlenstraße war, nachdem sich Frau Lengsfeld, ihre Schwester, Tochter und ihr Schwiegerjohn zur Ruhe begeben hatten, Kohlengas ausgeströmt. Der Hauswirt mußte wohl den Geruch empfunden haben, und als auf sein Klopfen niemand öffnete, wurde die Tür eingeschlagen. In der Wohnung lagen alle vier Personen betäubt und mit dem Tode ringend. Einem herbeigerufenen Arzte gelang es nach längerem Bemühen, sämtliche Personen wieder ins Leben zurückzurufen.

Waldburg, 27. Februar. Die bestrafte Poesie. Wenn eine feinsinnige Jungfer zum Schutz ihrer Ehre gegen einen robussten Beleidiger vor den Kadi laßt, so kann man dies verstehen. Wenn aber Preisrichter der öffentlichen Meinung, wie die Herren Lippold, Gesterberg und Fichtner, die sämtlich dem Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angehören und täglich ihre politischen Gegner auf das allerhöchste bekämpfen, zur Wahrung ihrer angeblich rampontischen Ehre den Schutz der Richter anrufen, so ist das ein Vorgang, der nicht alltäglich, aber immerhin begehrend für die Moral jener Leute ist. Genosse Osterroth, der auf Grund einer unwarharen Denunziation des Lippold hin, vier Monate lang unschuldig in Untersuchungshaft sitzen mußte, soll die zartbesaiteten Herren in seinem Besten „Strafungsprosa“ befehlen haben. Der Staatsanwalt Blümel hielt das Verbrechen für ein so schweres, daß es mit 6 Monaten Gefängnis gestraft werden sollte. Aber die Richter hatten weder für die Phantastie des Herrn Lippold, der fortgesetzt Drohbriefe, sogar solche mit Streichnuten erhalten haben will, und der übrigen Herren, noch für das erschreckend hohe Strafmaß des Staatsanwalts, das richtige Verständnis, sondern erkannten auf 300 Mark Geldstrafe. Immerhin eine recht harte Strafe, wenn man berücksichtigt, daß es sich hier um keineswegs garfährliche Leute handelt, die mit der Ehre anderer Leute weniger glimpflich umgehen.

Das Waldburger Grubenbesitzerblatt, dessen Chefredakteur Herr Lippold ist, ist mit dem Urteil absolut nicht zufrieden. Es macht der Strafkammer den Vorwurf, daß sie in geradezu liebevoller Weise nach einer möglichst leicht gefühlten habe, Osterroth vor dem Gefängnis zu bewahren. Von dem „Liebesvoll“ Entgegenkommen der Waldburger Richter haben die Verantwortlichen der „Volkswacht“, der „Vergewalt“, viele andere Genossen und auch jetzt wieder Genosse Osterroth noch nichts bemerkt.

Kollentain, 2. März. Theorie und Praxis. Merorten haben die Konserativen und Futrapatrioten den Mund voll über den zunehmenden Geburtenrückgang und weisen immer wieder darauf hin, daß dem gegenwert werden müsse. Allerdings will diese Sorte Patrioten nicht selbst für Zuwachs sorgen, das wollen sie den minderbemittelten Schichten überlassen. Diese sollen zwar für genügenden und reichlichen Zuwachs sorgen, wie sie es aber bei der heutigen teuren Lebensweise und den meistens nicht ausreichenden Löhnen fertig bringen sollen, eine große Familie zu ernähren und zu erziehen, danach fragen diese Herrschaften nicht. Wird ihnen aber an den Geldbeutel gefühlt, indem mehr Lohn verlangt wird, um die Familie besser erhalten zu können, dann bekommen diese Patrioten sofort eine andere Meinung. Daß dem so ist, beweist ein hier eingetretener Fall. Ein in der hiesigen Druckerei des „Volkshamer Anzeiger“ beschäftigt gewesener Buchdrucker ging mit der Bitte zu seinen Chef heran, ihm eine Lohnzulage von wöchentlich einer Mark zu gewähren. Herr Moßig meinte nun, daß 52 Mark jährlich für den Buchdrucker doch keine Hilfe wären, für ihn selbst (Herrn Moßig) bedeute aber diese Summe eine Ausgabe, die unter keinen Umständen gemacht werden dürfe. Auf die Neuerung des Buchdruckers daß 52 Mark für ihn bei seiner Familie doch sehr notwendig seien, erwiderte dieser konervative und hochpatriotische Herr, daß er (der Buchdrucker) eben nicht so viel Kinder in die Welt setzen sollte. Dies geschah sogar in gar nicht wiederzugebenden Worten, die man einem gebildeten Mann, wie doch Herr Moßig einer sein will, gar nicht zutreiben sollte. Worte und Taten sind eben zweilei Dinge. Herr Moßig ist wie alle Patrioten: den Patriotismus auf Rechnung anderer macht man gern mit, doch gehts an den eigenen Geldbeutel, so klappert dieser Patriotismus zusammen.

Hirschberg, 2. März. Die vergessene Leiche. Ein eigenartiger Fall ereignete sich in einem Orte des Hirschberger Tales. Aus einem Krankenhause wurde die Leiche zur Beerdigung nach einem Nachbarorte geholt. Der Sarg stand bereit und wurde auf den zum Transport dienenden Wagen geladen. Dabei kam den Begleitern die Sache verdächtig vor, da der Sarg so leicht war. Der Sarg wurde geöffnet, und siehe da, der Sarg — leer. Man hatte vergessen, die Leiche aus dem Reservewagen in den richtigen zu legen. Das Verfaulene wurde sofort schleunigst nachgeholt.

Wloga, 2. März. Wie die Stadt für die Arbeitslosen sorgt. Auch in diesem Jahr nimmt die Stadtverwaltung für den Stadtfrost wieder ihre Zuflucht zu gallingischen Waldarbeiten. Sonnabend trafen bereits 68 in Wlogischdorf ein, wo sie, wie die Galizier im vergangenen Jahr, in der Wellblechbarade untergebracht werden. — Die einheimischen Arbeiter können ja verhungern und Steuern bezahlen. So sozial denkt unser Magistrat.

Ziegenhals, 1. März. Ein Betrüger. Seit einigen Wochen hielt sich hier ein Mann auf, dessen Geschäft darin bestand, an leichtgläubige Kunden Dauermilche, sowie verschiedene andere Artikel zu verkaufen. Von den Kunden ließ er sich Anzahlungen von 1 Mark bis 2,50 Mark geben, die er aber für sich behielt. Da die Kunden keinerlei Beweise darüber in Händen haben, müssen sie leider zu spät einsehen, daß sie einem Betrüger in die Hände gefallen sind. Ein Gastwirt, bei dem der Betrüger einlogiert war, ist ebenfalls stark geprellt worden. Der Betrüger wird sicher an anderen Orten daselbe Manöver versuchen, deshalb sei hiermit vor demselben gewarnt.

Posen, 2. März. Nachklänge zum Wielgynski-Prozess. Die Mitteilung in den Berichten über die Urteilsverkündung im Wielgynski-Prozess, wonach der Erste Staatsanwalt dem Grafen nach der Freisprechung die Hand gereicht und zu seinem Freispruch gratuliert habe, wird jetzt bestritten. Danach hätte sich Graf Wielgynski an den Staatsanwalt mit den Worten gewandt: „Herr Herr Staatsanwalt, darf ich mich von Ihnen verabschieden“, und streckte ihm über die Brustung hinweg die Hand entgegen. Der Erste Staatsanwalt nahm die dargebotene Hand an und äußerte lebhaft die Worte: „Adieu, Herr Graf.“ Die Haltung, die er hierbei einnahm, wäre eine durchaus lächle und rein förmliche.

Polen, 2. März. Sieben russische Pöndler vergiftet aufgefunden. In dem hiesigen Gasthof Kriskeller wurden sieben russische Pöndler schwer krank, zum Teil bewußlos aufgefunden. Die Erkrankungen werden auf Vergiftung durch Gas und vermutlich auch auf den Genuß verdorbener Nahrung zurückgeführt. Zwei der Erkrankten sind bereits gestorben.

Kreuz i. P., 2. März. Eisenbahnunfall. Beim Standorten des Juges 709 Posen-Kreuz, der um 4,30 Uhr morgens in Posen eintrifft, fuhr auf Bahnhofs-Kreuz der Postwagen so heftig auf, daß drei Beamte und ein Unterbeamter ziemlich erhebliche Verletzungen erlitten. Ein Teil der inneren Einrichtung des Wagens ging in Trümmer.